

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 42

15. September 1965

Einzelpreis S 3,-

POLITIK ODER KUHHADEL ?

ZUR WAHLTAKTIK DER KPÖ-REVISIONISTEN

Einer der Kernpunkte der Kritik an der revisionistischen Entartung der KPÖ betrifft die Tatsache, daß sich diese Partei immer mehr in eine bloße Wahlpartei nach dem schlechten Vorbild der SPÖ verwandelt hat. Dieser Prozeß hat schon im Jahre 1945 begonnen, ist aber nach der von den Chruschtschow-Leuten seit 1956 inszenierten furchtbaren Desorientierung und Demoralisierung in den Reihen der kommunistischen Bewegung in katastrophaler Weise beschleunigt worden. Die KPÖ, die mit wenigen tausend Mitgliedern imstande war, in den proletarischen Bewegungen der Vorkriegszeit eine hervorragende Rolle zu spielen, degenerierte als eine "Massenpartei" von mehreren zehntausend Mitgliedern zu einer blutarmen Gesellschaft, die sich gerade noch bei Wahlen zu einer gewissen Aktivität aufzuraffen vermochte, zwischen den Wahlen ihre Zeit aber mit selbstgenügsamer organisatorischer Hausbesorgerei verbringt. Als der 19. Parteitag eine Zahl von 36.408 Mitgliedern der KPÖ bekanntgab, herrschte daher weniger Verwunderung über den daraus ersichtlichen Mitgliederschwund, sondern eher Erstaunen darüber, daß eine über die vielfältigsten Mittel und Möglichkeiten verfügende Parteiführung mit einer so verhältnismäßig großen Zahl von Kommunisten so unverhältnismäßig wenig anzufangen weiß.

Doch schon auf dem 19. Parteitag wurde auch sichtbar, daß die KPÖ unter ihrer revisionistischen Führung nicht einmal so etwas

Aus dem Inhalt:

Seite

- 6 Ein neuer Bundesheer-General
- 8 Das Volk ist unbesiegbar
- 9 Los Angeles - Auschwitz - Da Nang
- 10 Krieg Indiens gegen Pakistan
- 12 Terrorwelle in Persien
- 15 Friedrich Engels
- 20 Die Lehre von der Diktatur des Proletariats
- 26 Was unsere Leser schreiben
- 31 Dokumente

wie eine Wahlpartei zu bleiben vermag! Die sozialdemokratischen Parteien haben zu ihrer Entartung Jahrzehnte gebraucht - anscheinend gibt es aber die Regel, daß eine ursprünglich kommunistische Partei, wenn sie einmal den Boden der revolutionären Ideologie verläßt, mit einem Tempo abrutscht, das alle Rekorde der II. Internationale in den Schatten stellt. Seit dem 19. Parteitag der KPÖ stehen wir jedenfalls vor der merkwürdigen Situation, daß die Vorkämpfer der Entmannung der KPÖ zu einer legalistisch-pazifistischen Wahlpartei sich nun in Vorkämpfer des Verzichts der KPÖ auf eine selbständige Wahlbeteiligung verwandelt haben, daß die Entdecker des parlamentarischen Wegs zum Sozialismus faktisch die früher sehr ernstesten (und bis zum Durchbruch des Revisionismus erfolgreichen) Anstrengungen der KPÖ, eine parlamentarische Vertretung zu gewinnen, liquidieren. Genauer gesagt:

Sie wollen natürlich ins Parlament kommen, doch sie suchen den Weg dorthin nicht in einem ernsthaften und offensiven Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, nicht einmal in der überzeugenden Präsentation eigener Ideen, eigener Programme und Kandidaten, die sich grundlegend von dem politischen Jahrmarktplunder unterscheiden, welchen die anderen Parteien offerieren, sondern in wahltaktischen und wahlgeometrischen Überlegungen und Spekulationen, in einem kaum verhüllten Verkauf von Wählerstimmen an die rechte SP-Führung!

Charakteristisch für diese Politik ist die Art, in der die heutige KPÖ-Führung die Frage der Wahlrechtsreform stellt. Selbstredend ist eine Änderung des derzeit in Österreich geltenden Wahlrechts, das den Koalitionsparteien ihre Mandate zu "Schleuderpreisen" (mit den wenigsten Stimmen) zuschanzt, ein Mandat für die gegenwärtige KPÖ aber fast "unerschwinglich" teuer macht, dringend notwendig und muß man für eine solche Reform energisch kämpfen. Es ist dazu notwendig, sich unermüdlich an die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu wenden, sie zu informieren, zu aktivieren und zum Kampf zu mobilisieren, bis der Druck dieser Massen auf die Koalitionsparteien genügend stark ist, sie zu einem Zugeständnis zu zwingen. Tut das aber die heutige KPÖ-Führung?

Immer weniger wendet sie sich in der Wahlrechtsreformfrage an die Massen des arbeitenden Volkes und immer mehr an den Parteivorstand der SPÖ!

Schon bei der Pressekonferenz im Concordia-Klub am 14.6.65, mit der sich die neue KPÖ-Führung der bürgerlichen Presse vorstellte, erklärte Muhri:

Vielfach wurde auch bereits die Frage aufgeworfen, wie wir Kommunisten uns bei kommenden Nationalratswahlen verhalten werden. Es ist noch zu früh, dazu schon eine konkrete Entscheidung zu fällen. Grundsätzlich kann gesagt werden, daß unsere Partei eine Vertretung im Parlament anstrebt. Unsere Parteileitung wird zur gegebenen Zeit und den gegebenen Umständen entsprechend zu dieser Frage Stellung nehmen.

Was heißt das? Die KPÖ-Führung weiß noch nicht, ob und wie sie

bei den Nationalratswahlen kandidieren wird, möchte aber auf jeden Fall Mandate haben. Wer soll sie ihr überlassen? Für welche Dienste? Es gibt nur eine plausible Erklärung: Falls die SP-Führer so nett sind, einer Wahlrechtsreform zuzustimmen, die es der KPÖ ermöglicht, schon bei der Kandidatur in bloß 1 oder 2 Wahlkreisen ein Mandat zu erreichen, würde die KPÖ-Führung zum Dank dafür ihre Wähler in den übrigen Wahlkreisen auffordern, die SP-Führer zu wählen! Was ist das: ein politischer Kampf oder ein Kuhhandel?

Auf dem ZK-Plenum vom 29./30. Juni 1965, dem ersten seit dem 19. Parteitag, führte die offensichtliche Absicht der "Erneuerer", die KPÖ zu einer Wahlpartei der SPÖ zu machen, dazu, daß sich die ganze Debatte auf die Frage von Kandidatur oder Nichtkandidatur konzentrierte und alle eiligen Versuche der Kostmänner Chruschtschows, die liquidatorischen Pferdefüße ihrer Politik zu verstecken, am erwachten Mißtrauen jener scheiterten, die auf dem 19. Parteitag noch nicht "wegverjüngt" werden konnten.

So zog es am 17. August daher Franz West in einem "Volksstimme"-Leitartikel erneut auf den Schauplatz der revisionistischen Missetaten zurück. Nach einem eindringlichen Appell an die SP-Führer, sie mö-

Kommentare zum Beschluß der Tiroler Kommunisten

Die Kommentare der nichtkommunistischen Blätter über den "Beschluß der Tiroler Kommunisten" - in Wahrheit der Revisionisten in der KPÖ-Führung - bei den Tiroler Landtagswahlen für die SP-Kandidaten einzutreten, haben der "Volksstimme" sichtliche Freude bereitet, weshalb sie am 9. September in einem über vier Spalten gehenden Artikel über diese Kommentare "berichtete". Allerdings fast ausschließlich in indirekter Rede! Gibt man die Kommentare in direkter Form wider, sind sie freilich weniger geeignet, Stolz und Freude zu erwecken:

Volksstimme

Der Beschluß der Tiroler Landeskonferenz der KPÖ, bei den Tiroler Wahlen am 17. Oktober alle Kräfte auf die Erringung einer kommunistischen Vertretung im Innsbrucker Gemeinderat zu konzentrieren und für die gleichzeitige Wahl des Landtages zu empfehlen, die Stimme für die SPÖ abzugeben, hat in der Öffentlichkeit und in der Presse starke Beachtung gefunden und wird vielfach kommentiert.

9. September 1965

★

NEUES ÖSTERREICH 8. September 1965

Tiroler KP soll für SPÖ stimmen Sozialisten unangenehm überrascht

Aus maßgebenden Kreisen der Tiroler SPÖ wird zu diesem Beschluß der KP erklärt, davon völlig überrascht zu sein. Die SPÖ sei über diese ungebundene Schützenhilfe auch alles andere als erfreut.

★

AZ-Politik 9. September

Kommentare

Ohne KP

Der Tiroler SP-Obmann, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kunst, hat den ÖVP-Propagandisten und deren „unabhängigem“ Troß, die die politische Kapitulation der KP in Tirol zum Anlaß genommen haben, ihr „Volksfront“-Geschrei zu verstärken, die richtige Antwort erteilt: Die SPÖ hat mit der KP über deren Kandidaturverzicht nicht verhandelt, sie hat auf diesen Beschluß keinen Einfluß genommen und ist natürlich keinerlei Bindungen eingegangen.

Das heißt, noch deutlicher gesagt: Die SPÖ hat keinerlei Grund, die Vorgangsweise der KP in irgendeiner Weise zu honorieren. Alle Spekulationen darüber, daß die SPÖ aus Dankbarkeit für eine derartige Verzichtstaktik eine für die KPÖ günstige Wahlreform durchzusetzen beabsichtigt, sind nicht nur falsch, sondern ihrer Natur nach hirnrissig.

Volksblatt

Die erste „Muhri-Tat“

Von Karl Pisa

Die Kommunisten Tirols haben von ihrer Parteiführung die offizielle Empfehlung erhalten, bei den kommenden Landtagswahlen für die SPÖ zu stimmen. Betrachten wir diese Tatsache so nüchtern, wie sie es verdient:

Angesichts des politischen Kräfteverhältnisses in Tirol hat dieser KPÖ-Beschluß nur geringe Bedeutung. Die Empfehlung richtet sich nicht einmal an ganze 3000 Anhänger. Der Kommunismus ist in Tirol ein Gespenst mit elf Promille. Und obwohl sich da verlockende Vergleiche aufdrängen, stellen wir der Tiroler SPÖ gerne das Attest aus, daß sie trotzdem klaren Kopf behalten und weiterhin ihren eigenen Kurs steuern wird können.

8. September 1965

gen doch endlich für die Wahlrechtsreform sorgen, kündigt der neue Chefredakteur unmißverständlich an:

Für die Beschlüsse der Kommunisten über ihre Wahlpolitik bei der nächsten Nationalratswahl wird daher von entscheidender Bedeutung sein, was bis dahin mit der Wahlrechtsreform geschieht.

Über den Sinn dieser Erklärung muß man nicht lange nachdenken: Wenn die SPÖ eine Wahlrechtsreform ermöglicht, welche der KPÖ schon bei einer Teilkandidatur ein Mandat verheißt, dann wird sich die KPÖ-Führung damit begnügen und als Honorar den Großteil ihrer Wähler auffordern, den Pittermännern die Stimme zu geben.

Zwei Tage danach fand es West nötig, noch deutlicher zu werden: eingerahmt und in Fettdruck erklärte der neue Volksstimmen-Chef, daß "die Art der Erledigung" der Wahlrechtsreform "entscheidend die Beschlüsse der KPÖ in Verbindung mit der kommenden Nationalratswahl beeinflussen" werde. Hier erübrigt sich bereits die Frage, ob wir es mit einem politischen Kampf oder mit einem Kuhhandel mit Wählerstimmen zu tun haben.

Und bei all dem ist Leuten wie West und Muhri anscheinend nicht aufgefallen, daß ihre "Taktik" nicht nur prinzipienlos, sondern sogar vom Standpunkt ihrer parlamentarisch-kretinistischen Spekulationen aus unsinnig und verfehlt ist! Denn: wird die SPÖ-Führung die KLS-Stimmen leichter erhalten können, wenn diese der KPÖ Mandate verheißen? Wird sie diese Stimmen nicht viel eher erhaschen, wenn ein reaktionäres Wahlgesetz diese Stimmen mandatsmäßig als "weggeworfen" und "wertlos" hinzustellen erlaubt?

Deswegen bedeutet die gegenwärtige Taktik der KPÖ-Reformer keinerlei Ansporn für die SP-Führung, eine demokratische Wahl-

HILFE FÜR VIETNAM!



Nach Übergabe unseres ersten Sammelergebnisses an die Vertreter der Südvietnamesischen Befreiungsfront sind weitere

S 5.149,-

zur Weitergabe an die südvietnamesischen Genossen bei der "Roten Fahne" eingelaufen.



Zur Überweisung von Spenden bitten wir die beiliegenden Erlagscheine zu verwenden, auf deren Rückseite jedoch unbedingt der Hinweis "VIETNAM" anzubringen ist. Für Vietnam-Spenden, die Aktivisten der "Roten Fahne" übergeben werden, stellt die Redaktion in allen Fällen entsprechende Quittungen aus.

DIE REDAKTION

rechtsreform durchzusetzen, sondern eher einen Grund mehr, sie weiter zu sabotieren! Am 9. September hat die "Arbeiter-Zeitung" das auch offen zugegeben.

Das Zentralorgan der SPÖ hat in letzter Zeit wiederholt festgestellt, keinerlei Absicht zu haben, die neue KPÖ-Taktik irgendwie zu honorieren. Sie hat das offensichtlich auch garnicht nötig, denn die Tatsachen zeigen ihr täglich, daß auch ihre unverschämtesten antidemokratischen, antisozialistischen und antikommunistischen Aktivitäten nicht das Geringste an der Bereitschaft der KPÖ-Reformer ändern, ihr die Wählerstimmen zu geben. Dementsprechend hat die "Volksstimme" vom 7. August - wieder in den Worten Muhris - den Beschluß der KPÖ mitgeteilt, bei den kommenden Tiroler Landtagswahlen auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und ihre Wähler aufzufordern, den Kandidaten der SP-Führung die Stimme zu geben:

ZU DEN WAHLEN IN TIROL hat das Zentralkomitee nach gründlicher Diskussion der von der Tiroler Landesorganisation vorgeschlagenen Linie seine Zustimmung gegeben: Konzentration aller Kräfte auf die Widererringung einer kommunistischen Vertretung im Innsbrucker Gemeinderat und Empfehlung, bei der Wahl zum Landtag für die SPÖ zu stimmen.

Wir bekämpfen weiter entschieden die Politik der Sozialpartnerschaft, die die Kraft der Arbeiterklasse lähmt und beispielsweise dazu geführt hat, daß die Vertreter der SPÖ in der Paritätischen Kommission mehr als tausend Preiserhöhungen ihre Zustimmung gegeben haben. Im Zeichen der Politik der Sozialpartnerschaft hat die SPÖ im Entwurf ihres „Programms für Österreich“ auf jede antikapitalistische Orientierung verzichtet, die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten weglassen und die sozialistische Perspektive preisgegeben.

Unsere Empfehlung, bei den Tiroler Landtagswahlen für die Kandidaten der SPÖ zu stimmen, ist ein notwendiger Schritt zur Verteidigung der Demokratie und gegen das Machtstreben der Extremisten in der ÖVP gerichtet.

Zum Schaden fügt Muhri noch den Spott: Die SP-Vertreter in der "Paritätischen" haben über 1.000 Preiserhöhungen ihre Zustimmung gegeben, die SPÖ hat auf jede antikapitalistische Orientierung verzichtet, ihre Politik der "Sozialpartnerschaft" muß "entschieden bekämpft" werden, betont Muhri und ruft auf - dieser SP die Stimme zu geben! Auch die rasch angehängte "Erklärung" kann in Wahrheit nichts erklären und macht die Sache um keinen Deut besser:

Denn die SP-Politik der "Sozialpartnerschaft" und des Verzichts auf jede antikapitalistische Orientierung, die Politik der Beteiligung an der Preistreiberei usw. ist in Wirklichkeit eben die Politik der systematischen Förderung und Unterstützung jener ÖVP, die in Österreich zum Sturm auf die sozialen und politischen Errungenschaften der kämpfenden Arbeiterklasse angetreten ist!

Die Muhris haben bei dieser reaktionären Offensive die traurige Aufgabe übernommen, jener SP-Führung Beistand zu leisten, von der sie selbst eingestehen müssen, daß sie den ÖVP-Reaktionären in die Hände arbeitet. Für eine solche Tätigkeit gibt es in unserer Sprache eine eindeutige Bezeichnung: **HELFERSHELFER!**

WIEDER EINE PROVOKATION GEGEN UNS ENTLARVT!

In der Nacht zum 5. Februar d.J. hatten "unbekannte Täter" mit Hilfe einiger Kanister Benzin versucht, das Gebäude der sowjetischen Botschaft in Wien in Brand zu stecken. Obwohl die Feuerwehr den Brand rasch löschen konnte, entstand ein Sachschaden von mehr als 12.000 Schilling. In den darauffolgenden Tagen "vermuteten" einige der so bekannt ehrenhaften österreichischen Zeitungen, daß die Attentäter in den Kreisen der "prochinesischen Wiener Kommunisten" zu suchen seien.

Während sich diese Zeitungen inzwischen längst mit anderen "Informationen" und "Sensationen" beschäftigen, wurde der Attentäter vom 5. Februar bei den Vorbereitungen zu einem neuen Verbrechen ertappt und hatte sich am 31. August vor einem Schöffensenat zu verantworten. Es handelt sich um einen "politischen Flüchtling", der ursprünglich aus Bulgarien nach Tito-Jugoslawien übersiedelt war, es in Österreich aber schließlich noch vorteilhafter fand. Der Verbrecher, dessen Hintermänner aus irgendeinem Grunde nicht ausgeforscht wurden, erhielt die lächerliche Strafe von 5 Monaten, die zum Teil durch die Untersuchungshaft abgebußt sind. Eine Landesverweisung wurde nicht verhängt. Vielleicht kann man den Mann in Österreich noch brauchen.

Bundesheer besteht zehn Jahre

Bundespräsident Jonas erließ einen Tagesbefehl

Die vorstehende Schlagzeile stammt aus der "Arbeiter-Zeitung" vom 8. September. Der nachstehende Text dagegen von einem steirischen Sozialisten. Da er keine Aussicht hat, mit seiner Kritik in der "Arbeiter-Zeitung" zu Wort zu kommen, stellen wir ihm gerne die Spalten der "Roten Fahne" zur Verfügung - auch auf die Gefahr hin, daß sich in die Freuden des Jubiläums ein wenig Nachdenken mischt.

MILITÄRKOMMANDANT DER STEIERMARK ZUM BRIGADIER ERNANNT

Als ehemaliger Angehöriger des Bundesheeres vor dem Jahre 1938 und gemäßregelter Sozialist wundere ich mich sehr, daß nun der Herr Oberst H. L. POMMER mit Entschlußung des Bundespräsidenten vom 1. Juli 1965 zum Brigadier (General) ernannt wurde. In Blättern wie z. Bsp. der reaktionären Soldatenzeitung, in der Zeitung der FPÖ und in diversen ÖVP-Zitungsnachrichten wurde der Lebenslauf von Pommer zum Abdruck gebracht. Leider lassen solche Lebensläufe viele wichtige Daten aus, weil es die demokratische Öffentlichkeit nicht zu wissen braucht, daß man sich einst große Verdienste um den Anschluß Österreichs an Hitler-Deutschland erworben hat. Aber als Offizier müßte der neuernannte Brigadier eigentlich den Mut haben, diese "Verdienste" zu erwähnen sowie die besondere Berichterstattung, die er am 23. März 1938 im "Völkischen Beobachter" in Berlin gegeben hat. Brigadier Pommer, der schon viele Jahre Militärkommandant der Steiermark ist (seine Gattin ist außerdem Sekretärin von Dr. Gorbach), war zur Zeit des unseligen Anschlusses

Bataillonsadjutant und Oberleutnant beim Infanterie-Regiment 15 in Wien. Er konnte sich damals rühmen, vor der Reichskanzlei und vor seinem damaligen Führer paradiert zu haben. In der Zeit des März 1938 war es bestimmt eine Auszeichnung, als österreichischer Offizier in Berlin Parade zu machen; da mußte man sich schon ganz besondere Verdienste um den "Anschluß" erworben haben. Die Einstellung des heutigen Brigadiers kommt klar und deutlich aus seinen Schilderungen gegenüber dem "Völkischen Beobachter" zum Ausdruck. Pommer schilderte die Besetzung Österreichs durch Hitler wie folgt:

"Die Leute haben sich, als die Nachricht von der Wiedervereinigung mit Deutschland bekannt wurde, auf ihren Stuben (in den Kasernen) umarmt und waren in einem Freudentaumel, dem sich auch keiner der Offiziere entzog. Wußten wir doch alle, nach den langen Jahren der Demütigung, wohin wir gehörten... Wir haben nur nach Deutschland geschaut!"

Vielleicht wird jemand sagen, das seien Äußerungen von 1938, man solle nicht immer die Vergangenheit zitieren. Doch wann hat sich jemals General Pommer von seiner damaligen Begeisterung für die Unterjocher Österreichs distanziert? Wann hat er jemals erklärt, daß sein damaliger "Freudentaumel" falsch war und daß sein "Schauen nach Deutschland" seiner Heimat Österreich größten Schaden zugefügt hat? Es geht nicht um die Vergangenheit, sondern um die Gegenwart! Und solange Offiziere, die dem "Nationalsozialistischen Soldatenring" angehört haben oder von der Okkupation begeistert waren, nicht den Trennungsstrich gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit öffentlich gezogen haben, ist Mißtrauen berechtigt! Im "demokratischen Heer Österreichs" sollte jedenfalls kein Platz für sie sein. Es gibt für sie genug andere Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu finden.

Auch Pommers Selbstbeweihräucherung mit dem "Oberst-Pommer-Haus" auf der Planner-Alpe stößt bei allen aufgeklärten demokratischen Steirern ab. Hier hätte auch ein anderer Name gefunden werden können und der steirische Personenkult wäre nicht aufgefallen.

Übrigens muß man die Haltung von Pommers Kollegen in Kärnten, Oberst Holzingers, der auch Militärkommandant ist, besonders anerkennen, weil dieser in wirklich soldatischer Offenheit in der bekannten "Narvik-Gedenkfeier" sich zum Geist der Hitler-Wehrmacht bekannt hat. Freilich vermässelte diese Rede Holzinger die Ernennung zum Brigadier (General) in Kärnten, weil der ehemalige Ritterkreuzträger der Deutschen Wehrmacht seine Einstellung so offen bekannte. Zu verwundern ist nur, daß die maßgebenden Stellen des Bundesheeres noch nicht den "Völkischen Beobachter" im Archiv der Nationalbibliothek nachgeschlagen haben. Oder können die ehemaligen Nazigrößen im Bundesheer auf Oberst Pommer nicht vergessen, weil sie der Reihe nach alle früheren NSR-Offiziere zu Generalen machen wollen?

Der illegale und hochverräterische "Nationalsozialistische Soldatenring" (NSR), der vor 1938 im Bundesheer sein Unwesen trieb, den Anschluß vorbereitete und das Heer zersetzte, ist eben in der 2. Republik Österreich eine Empfehlung für Beförderungen und Ordensauszeichnungen! Dafür müssen demokratische Offiziere und Beamte zurückstehen und warten lernen - sie haben nicht solche Beziehungen wie der Militärkommandant von Steiermark.

Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß innerhalb des Bundesheeres hohe Offiziere bereits einen Eid auf Otto Habsburg abgelegt haben, der in der bekannten Münzgrabenkirche von einem Pater Amandus abgenommen wurde. Diese habsburgische Geheimzelle soll das Gegenstück zum seinerzeitigen NSR darstellen. Die Öffentlichkeit würde sich wundern, wenn endlich einmal diese monarchistische Blase aufgestochen würde. Aber in Österreich ist alles möglich und die zuständigen Behörden verschlafen ihren Bürodienst, froh, nicht mit solchen Dingen behelligt zu werden. Viel lieber werden die Kommunisten registriert und beschattet. Die Akten aber, auf die es ankäme, gelangen immer in "falsche Hände", welche in besonderer Weise nichts damit anzufangen wissen. Man hat halt überall seine Freunde und Gönner, welche aus unerforschlichen Kanälen dirigiert werden.

DAS VOLK IST UNBESIEGBAR !

Der Berichterstatter Peter Arnett von der US-Pressagentur AP sandte seiner Dienststelle kürzlich einen Bericht aus Vietnam, der auch in der großen französischen Zeitung "Le Monde" abgedruckt wurde. Wir veröffentlichen einen Teil dieses Berichts, weil in ihm zum Ausdruck kommt, wie wenig der US-Krieg gegen das südvietnamesische Volk den Vorstellungen jener US-Imperialisten entspricht, die sich auf Grund ihrer überlegenen Bewaffnung als die Herren der Welt fühlen.

"Die Aufgabe der US-Versorgungskolonne 21 war einfach: Den Brückenkopf zu erreichen, die Kompanie amerikanischer Marinesoldaten zu versorgen und dann zu dem Schiff zurückzukehren, das eineinhalb Kilometer entfernt im Golf ankerte und von dem aus die mit Amphibientanks ausgerüstete Kolonne aufgebrochen war.

Die Marinesoldaten dachten, sie hätten eine leichte Aufgabe. Man hatte zwar gehört, daß die Kompanien, die am Mittwoch an Land gegangen waren, von den Vietcongs stark unter Beschuß genommen wurden, aber die Versorgungskolonne 21 stellte eine gewaltige Streitkraft dar. Diese Einheit besaß fünf 'Amitrak' genannte Amphibienfahrzeuge, jedes 35 Tonnen schwer, die zum Nahrungsmittel- und Munitionstransport bestimmt waren, sowie zwei Panzer M-48, die sie am Strand begleiten sollten. Die Vietcongs würden sich überlegen, eine solche Streitmacht anzugreifen, dachten die Männer der Kolonne, als sie aufbrachen. Sie konnten aber gerade nur den Brückenkopf erreichen - weder konnten sie die Kompanie versorgen, noch zu ihrem Schiff zurückkehren. ... Um 11 Uhr war die Kolonne etwa 400 Meter von der nächsten amerikanischen Kampflinie entfernt. Da tauchten die Vietcongs aus Gebüsch und Sümpfen auf. Der Korporal Pass aus Illinois erzählt, daß sein Amitrak ins Schleudern kam, als die Schüsse durch die Luft peitschten. Der Panzer an der Spitze wurde getroffen; die Kugeln durchbohrten die Panzerung und verletzten zwei Männer. Mörser begannen auf die Fahrzeuge zu schießen. Der andere Panzer wurde an drei Stellen getroffen. Dem Fahrer gelang es zwar, durch die Sicherheitsöffnung unter das Fahrzeug zu kriechen, doch er wurde von Kugeln durchsiebt.

Es war ungefähr Mittag, als sich die Vietcongs einem der anscheinend uneinnehmbaren Amphibienfahrzeuge näherten. Korporal Pass sah sie: Sie waren dunkel gekleidet, hatten den Patronengurt umgehängt und trugen getarnte Helme. Sie kamen leise bis auf 30 Meter an den Amitrak heran. Dieser versuchte auszubrechen. Dabei wurde ein Amerikaner getötet. Ein anderer tauchte mit dem Marinedolch in der Hand im Reisfeld unter. Als sein Leichnam später gefunden wurde, hatte er noch immer den Dolch umklammert. Ein wenig später setzten die Vietcongs einen dritten Amitrak außer Gefecht.

Der Gegner konnte sich frei zwischen den Reisfeldern und dem Dschungel bewegen. Die MGs der Fahrzeuge feuerten ständig, doch die Vietcongs kamen trotzdem näher. Nach einer Aussage des Korporals Guilford waren sie so gut getarnt, daß man es nicht bemerken konnte, wenn sie vorrückten. Wenn sie sich nicht bewegten, konnte man sie nicht einmal aus einer Entfernung von zwei Schritten erkennen.

Die Überlebenden krochen in die beiden heil gebliebenen Amitraks. Mehrere von ihnen waren verletzt worden, als sie zu schießen versuchten. Im Laufe des Nachmittags wurde es in den Fahrzeugen erstickend heiß. Ein junger Soldat erklärte, er könne die Hitze nicht mehr ertragen. Er rief seinen Kameraden zu: Los, Burschen, wir sind Marinesoldaten, machen wir unser Geschäft! Er steckte seinen Kopf aus dem Panzerturm, doch er kam nicht einmal dazu, anzulegen: eine Kugel hatte ihn zwischen den Augen getroffen. Er fiel ins Innere des Amitrak zurück. Im anderen Amitrak richtete die Hitze und das ständige Aufschlagen der Kugeln auf die Panzerplatten die Marinesoldaten nervlich zugrunde. Ein Sergeant war der Ohnmacht nahe. ... Ich glaubte, das Ende sei gekommen - erzählte er später - und wollte beten. Da hörten wir von draußen jemand leise rufen. Es war ein verletzter Amerikaner. Nur mit großer Mühe konnten wir ihn in den Panzer hineinziehen. ..."

LOS ANGELES



AUSCHWITZ



DA NANG



LOS ANGELES

AUSCHWITZ

SÜD-VIETNAM

Die brutale Unterdrückung und Entrechtung der amerikanischen Neger hat Mitte August d. J. zu einer verzweifelten Erhebung der schwarzen Bevölkerung von Los Angeles geführt. Johnson warf 15.000 Mann Nationalgarde und Truppen in die Negerviertel, wo sie ein blutiges Massaker durchführten. Die Zufuhr von Wasser, Strom und Lebensmitteln in die Negerbezirke wurde eingestellt, ebenso die Auszahlung der Arbeitslosengelder und Fürsorgergeltern. Im Zuge der Wiederherstellung der "Ordnung" wurden 35 Menschen, fast ausschließlich Neger, getötet, mehr als 880 verletzt; gegen 3.500 Verhaftete tagen "Notgerichte".

Ebenfalls Mitte August ging der in Frankfurt/Main seit 1963 geführte Prozeß gegen einige Bewacher des Hitler-KZs Auschwitz zu Ende. Menschenleben waren billig. Für aktive Mithilfe an der Ermordung von rund 2.000 Menschen gab es 4 Jahre, ein anderer Mörder bekam für grob geschätzt 1.000 Liquidierungen 3 Jahre und 4 Monate.

In Südvietnam griffen die Truppen Johnsons indessen neuerlich zur Anwendung von chemischen Giften gegen die Bevölkerung. In die Hunderte gehende Hinrichtungen, das Verbrennen "verdächtiger" Frauen und Kinder in ihren Hütten und die bestialische Folterung Gefangener gehören zum täglichen Geschäft der amerikanischen Hüter von "Demokratie und Freiheit".

DREI SCHEINBAR VONEINANDER UNABHÄNGIGE GESCHEHNISSE - DENNOCH ERSCHEINUNGSFORMEN EINES PROBLEMS: DES IMPERIALISMUS, OHNE DESSEN BESEITIGUNG DIE VÖLKER NIEMALS RUHE FINDEN WERDEN!

Die indische Aggression gegen Pakistan

Die Zeit seit Beginn des Krieges zwischen Indien und Pakistan ist noch zu kurz, um die ganze Tragweite des Geschehens, seine Ursachen und Hintergründe detailliert aufzeigen zu können, doch eines steht bereits fest: die entscheidende Verantwortung der indischen Regierung, die - gestützt auf amerikanische, englische und sowjetische Waffen und Kredite - ihr Land in ein Zentrum kriegerischer Provokationen gegen seine Nachbarn verwandelt. Obwohl die großen Zeitungen der westeuropäischen Bourgeoisie ihre Sympathien zum Shastri-Regime, das man als Bollwerk gegen das sozialistische China aufpöppelt, nicht verbergen können, wird selbst aus ihren Meldungen und Kommentaren offensichtlich, daß es eben dieses Shastri-Regime ist, das Asien einen neuen Krieg beschert hat. Die nachfolgenden Auszüge stammen aus der Schweizer "Neuen Zürcher Zeitung", aus der westdeutschen "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und aus der Londoner "Times" der Tage vom 6.-8. September.

Erklärung Chavans im indischen Parlament

Delhi, 6. Sept. (UPI) Der indische Verteidigungsminister Y. B. Chavan hat im indischen Parlament erklärt, die indischen Truppen hätten in den Morgenstunden des Montags die Grenze überschritten, «um einem geplanten Angriff auf den indischen Staat Pandschab zuvorzukommen». Die Entscheidung sei getroffen worden, um die pakistanische Aggression wirksam zurückzuschlagen. Die ganze Nation, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, sei in dieser Angelegenheit mit der Regierung einig.

Chavan gab keine Einzelheiten über die Kampfhandlungen bekannt. Aus informierten Kreisen wurde jedoch bekannt, daß die indischen Truppen am Montag nachmittag (Ortszeit) fast 13 Kilometer weit in pakistanisches Gebiet vorgedrungen waren. Dieselben Kreise berichteten, daß Indien an drei Punkten die Grenze mit Stoßrichtung auf Lahore überschritt. Als Grenzübergangspunkte wurden Wagah, Khalra und Khem Karan genannt.

ag (Reuter) Chavan führte vor dem Parlament im einzelnen aus:

«Unsere Luftwaffe hat heute morgen eine Anzahl von Einsätzen über Westpakistan geflogen und militärische Einrichtungen und Güterzüge angegriffen. Die Flugzeuge haben beträchtliche Schäden verursacht. Alle Flugzeuge kehrten zurück. Um der Eröffnung einer zweiten Front durch Pakistan zuvorzukommen, haben unsere Truppen im Pandschab die Grenze in der Nachbarschaft von Lahore überschritten, um die indische Grenze zu schützen.

Lahore — Ziel des indischen Angriffs

Karachi, 6. Sept. (UPI) Lahore, das Ziel der in Pakistan eingefallenen indischen Streitkräfte, ist Pakistans zweitgrößte Stadt, die Hauptstadt von Westpakistan, das Kultur- und Universitätszentrum Pakistans. Lahore zählt 1 300 000 Einwohner.

(NZZ)

Indische Düsenbomber vom Typ Canberra B-57 haben am Dienstag und in der Nacht zuvor nach pakistanischer Darstellung die Städte Karatschi, Rawalpindi, Dacca und Chittagong bombardiert. Wie der pakistanische Rundfunk meldete, sollen die Maschinen in den frühen Morgenstunden in großer Höhe angefliegen sein und ihre Bomben wahllos abgeworfen haben. In Karatschi und Rawalpindi seien «viele» Menschen getötet und noch mehr verletzt worden. In einem Krankenhaus in Karatschi sollen allein 28 Opfer des Luftangriffs eingeliefert worden sein.

(FAZ)

Kernpunkt des Streits, der Ende 1947 schon einmal zu einem unerklärten, begrenzten Krieg geführt hatte, ist die Frage, ob die staatliche Zugehörigkeit Kaschmirs bereits endgültig geregelt ist oder nicht. Während Indien behauptet, durch den 1947 vom damals regierenden Maharadscha vollzogenen Anschluß an Indien sei die Antwort längst erteilt, beruft sich Pakistan auf das Selbstbestimmungsrecht. Tatsächlich ist nicht zu bestreiten, daß Ministerpräsident Nehru die Beitrittserklärung des Maharadschas seinerzeit nur unter der Voraussetzung akzeptiert hat, daß die Meinung der Mehrheitlich aus Moslems bestehenden Bevölkerung zu dem Entschluß ihres nicht gerade beliebten Hindu-Herrschers in einem späteren Referendum festgestellt werden müsse. Eine Resolution des Sicherheitsrates von 1949 sagt ebenfalls unmißverständlich, daß die Bevölkerung von Jammu und Kaschmir in einem Plebiszit unter den Auspizien der Vereinten Nationen selbst über ihr Schicksal entscheiden solle, vorausgesetzt allerdings, daß vorher — bis auf eine bestimmte Anzahl von Soldaten — die Truppen der streitenden Parteien aus den umstrittenen Gebieten abgezogen worden seien. Das ist indessen nie geschehen. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde am Ende nur lako-

nisch mitgeteilt, eine Einigung habe nicht erzielt werden können.

Für Indien war die unerledigte Prozedurfrage ein willkommener Vorwand, um von dem zwar zugesagten, aber in Wirklichkeit unerwünschten Plebiszit loszukommen. Planmäßig wurde seitdem die völlige Eingliederung Kaschmirs in den indischen Staatsverband betrieben, ohne daß aber Pakistan von seinen Rechtsansprüchen abgegangen wäre. Die Bevölkerung Kaschmirs fand sich zwar nach außen hin mit diesem Kurs ab, doch waren Anzeichen innerer Unzufriedenheit erkennbar.

(FAZ)

Seit Montag morgen ist mit dem indischen Vorstoß auf Lahore die Hoffnung endgültig zerstört worden, daß sich der Krieg auf kaschmirisches Territorium begrenzen lasse. Nun stehen indische Truppen auf westpakistanischem Boden; der Kampf um Kaschmir ist zum offenen Krieg zwischen Indien und Pakistan ausgeartet.

Die Regierung in Delhi, die vor einer Verletzung der Waffenstillstandslinie von 1949 in Kaschmir nicht zurückgeschreckt war, hat nun mit der Offensive im Pandschab von neuem die Initiative zum nächsten und entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Ausweitung des Krieges ergriffen.

(NZZ)

«Wenn es irgendwelche Gründe für ... die indische Entschuldigung gab, daß das Überschreiten der Grenze nur pakistanischen Plänen ... zuvorzukommen sollte, dann wurden diese Gründe zerstreut und ertränkt durch die Beifallsrufe im indischen Parlament, als der Verteidigungsminister

den Angriff bekanntgab ... Wenn die Inder versuchen, aus ihrer eigenen Erfahrung mit den Chinesen eine Lehre zu ziehen, und einen großen Schlag führen wollen, um die Anerkennung der indischen Herrschaft in Srinagar durch Pakistan zu erzwingen, dann beurteilen sie alle Faktoren ihrer Beziehungen zu dem Nachbarstaat bestimmt falsch. Hinter den Kämpfen an der Front liegt die Gefahr von Ausschreitungen örtlicher Art in beiden Ländern, die die Zahl der Opfer enorm erhöhen würde. In dieser Gefahr ist die Ironie der indischen Politik am klarsten ersichtlich. Indien ist einer Volksabstimmung in Kaschmir immer mit der Begründung ausgewichen, daß sie kommunale Spannungen erzeugen würde, aber solche Spannungen werden nun bedenkenlos riskiert ... Keines der beiden Länder kann Trost in der Unterstützung durch seine Freunde finden ... Es sieht so aus, als ob sich Indien noch mehr isoliert.

(TIMES)

DIE "SCHLIMMEN"...

Verhaftung von indischen Kommunisten

Madras, 2. Aug. ag (AFP) 105 prochinesisch eingestellte Kommunisten wurden am Sonntag und Montag in verschiedenen Gebieten des Staates Madras verhaftet, da sie einen Beschluß der Behörden mißachteten, der vom 27. Juli an während 15 Tagen alle Manifestationen und Versammlungen untersagte.

...UND DIE "BRAVEN"

Die indischen Kommunisten hinter Shastri

Delhi, 6. Sept. ag (AFP) In einem Communiqué forderte das Zentralkomitee der indischen Kommunistischen Partei sowjetischer Richtung das indische Volk auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Vaterland gegen die Aggression zu verteidigen.



Eine neue Terrorwelle in Iran

Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regime nimmt in Iran immer größere Ausmaße an. Ein Ausdruck dessen war der jüngste Anschlag auf das Leben des Schahs. Allein die Tatsache, daß das Attentat direkt im Palast des Schahs, und zwar von einem Soldaten seiner Schutzgarde, verübt wurde, beweist: Die Unzufriedenheit ist so stark geworden, daß sie bereits in den Kreis der Menschen dringt, die das besondere Vertrauen des Schahs genießen. Anstatt jedoch den gerechten Forderungen des Volkes entgegenzukommen, verstärkt die Schah-Regierung den Terror im Lande noch mehr, wobei ihr dazu jeder Vorwand recht ist.

Das Attentat war Anlaß für neue Repressalien. Auf Anweisung des Schahs nahmen die Sicherheitsorgane Massenverhaftungen vor. Nach ausländischen Agenturmeldungen sind rund 150 Personen verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich eine Gruppe junger Ingenieure, Studenten und Militärs. Sie alle werden der Teilnahme am Anschlag auf das Leben des Schahs beschuldigt. Aus Meldungen der amtlichen Presse und einer aus diesem Anlaß abgegebenen Erklärung des Ministerpräsidenten geht klar hervor, daß die Anklage auf Sand gebaut ist. Aber nichtsdestoweniger ist das Leben dieser Menschen in Gefahr. Schon starb der 25jährige Ingenieur Parviz Nik-Khah unter der Folter.

Dem Schah-Regime brennt der Boden unter den Füßen. Offensichtlich spürt das auch der Schah selbst, denn unmittelbar nach dem Attentat erklärte er, daß er einen Regentschaftsrat bilden wolle, der im Falle seines Todes das Land bis zur Volljährigkeit seines Thronfolgers, d. h. bis zum Jahre 1978, regieren soll.

Das ist nicht der erste Terrorakt, der in Iran 1965 verübt wurde. Im Januar wurde Ministerpräsident Mansour getötet. Das geschah in dem Moment, als er sich — mit dem Gesetzentwurf über die Auslieferung der Erdölschätze Irans im Persischen Golf an die imperialistischen Monopole in der Aktentasche — in das Parlament begab. Auch damals ging eine Welle von Repressalien durch das ganze Land. Eine große Gruppe von Mitgliedern der nationalistischen religiösen Organisation „Verfechter des Islam“, die in den letzten 15 Jahren einige proimperialistische Ministerpräsidenten und Minister (Hagir, Razmara, Zangane) durch Terrorakte beseitigte, wurde von der Polizei verhaftet. Vier Mitglieder der Organisation wurden zum Tode verurteilt.

Gewiß kann der Terror nicht als wirksames Mittel des revolutionären Kampfes angesehen werden. Die zahlreichen Attentate auf führende Vertreter des heutigen Regimes sind jedoch eine Widerspiegelung der allgemeinen Empörung, die bei den Volksmassen die verätherische Politik des Schahs und seiner Handlanger hervorruft. Das Volk sieht, daß der Schah den Reichtum des Landes sowie die Unabhängigkeit und Souveränität Irans an die USA-Imperialisten verschachert. Er verwandelt Iran immer mehr in eine amerikanische Kolonie. Vor kurzem wurde z. B. ein spezielles Gesetz angenommen, das allen amerikanischen Staatsangehörigen in Iran Immunität gewährt.

Das an revolutionären Traditionen reiche alte iranische Volk leidet unter dem Joch der Imperialisten. Die schwere Lage der Massen wird nicht einmal von den Machthabern Irans verheimlicht. Im Lande gibt es rund 1 Million Arbeitslose. Überall schalten und walten die Imperialisten. Die ohnehin schon schwache einheimische Industrie wird durch die imperialistische Konkurrenz verdrängt. Den Löwenanteil am Budget verschlingen der Unterhalt der 220 000 Mann starken Armee, der Polizei, der Gendarmerie und der konterrevolutionären Stoßtrupps — der „Kommandos“ — sowie die Ausgaben für die CENTO. Infolgedessen lebt das einfache Volk in Elend und Hunger.

Auf die rechtmäßigen Forderungen der Iraner nach Verbesserung ihrer materiellen Lage und nach Gewährleistung auch nur der elementaren Demokratie antworten die Behörden mit Repressalien. Der Thron des Schahs ist vom Blut des Volkes durchtränkt. Von jeher war der Terror ein beliebtes Mittel der Innenpolitik des Schahs. Nicht zu zählen sind seine Verbrechen. Bereits im Jahre 1946 vernichtete er gemeinsam mit amerikanischen Generalen Tausende aserbaidshansische Demokraten. Im August 1953 verübte der Schah mit Unterstützung der Imperialisten einen reaktionären Staats-

streich, danach wurden die berüchtigten „Kommandos“ aufgestellt. Mit Hilfe amerikanischer Spezialisten und mit amerikanischer Ausrüstung wurden die Folterkammern geschaffen. Der Schah und seine Clique haben sich die faschistischen Methoden zur Unterdrückung des Kampfes der Massen voll zu eigen gemacht.

In den Gefängnissen Irans schmachtet ständig eine große Anzahl verhafteter, aber noch nicht abgeurteilter Patrioten. Sobald sich irgendwo Unzufriedenheit regt und das Volk sich gegen das Regime auflehnt, wird eine Anzahl dieser Verhafteten erschossen, um die Massen abzuschrecken. So geschah es mit einer Gruppe Militärs, die nach dem Attentat auf Ministerpräsident Mansour erschossen wurde. Zuvor hatte man eine Gruppe von Patrioten aus den Stämmen Bojur-Ahmedj und Mama-sani erschossen, unter denen Volksunruhen ausgebrochen waren.

Im Juni 1963 kam es in vielen Städten Irans erneut zu Erhebungen des Volkes gegen das reaktionäre Regime. Und erneut richtete der Schah ein Blutbad an, bei dem einige tausend Menschen ums Leben kamen. In der Hauptstadt wurden etwa 150 amerikanische Panzer gegen das unbewaffnete Volk eingesetzt.

Das Land ist in ein riesiges Gefängnis verwandelt. Hier herrscht eine Atmosphäre der Furcht, der Verdächtigung, des gegenseitigen Mißtrauens. Zerschlagen sind die politischen Organisationen der Arbeiterklasse wie auch der nationalen Bourgeoisie, ihre Führer und Funktionäre sind in Gefängnisse geworfen. Nicht eine einzige legale fortschrittliche Zeitung und Zeitschrift darf erscheinen; die Parlamentsabgeordneten werden vom Schah selbst ernannt.

Die in Opposition zum Regime stehenden Patrioten werden von Militärtribunalen hinter verschlossenen Türen abgeurteilt. Die Urteile werden willkürlich gefällt, auch dann, wenn gegen die Angeklagten, die der elementarsten Rechte auf Verteidigung beraubt sind, keinerlei Beweise vorliegen. Bei mancher Hinrichtung von Patrioten geht es um Erdöl. Viele Erschießungen „riechen“, wie es im Volk heißt, „nach Erdöl“. So wurden 1954 einige Dutzend Mitglieder der Volkspartei Irans (Tudeh) erschossen, kurz bevor die Erdölschätze des Landes einem imperialistischen Konsortium ausgeliefert wurden. Die Festigung der Positionen der Erdölmonopole geht auch heute mit einem Blutvergießen einher, das das Volk einschüchtern soll, damit die schonungslose Ausbeutung der iranischen Werktätigen fortgesetzt werden kann.

Die Volkspartei Irans verteidigt konsequent alle Patrioten, ganz gleich, welches ihre politischen Überzeugungen sind. Unsere Partei appellierte in ihrer Erklärung an alle fortschrittlichen Menschen der Welt, für die Patrioten Irans einzutreten und gegen die Aktionen des sich als Henker gebärdenden Schahs und seiner Herren — der anglo-amerikanischen Imperialisten — zu protestieren. In einer Reihe europäischer Länder wurden bereits besondere Komitees zum Schutz der iranischen politischen Häftlinge geschaffen. An der Spitze eines solchen Komitees steht in England der bekannte Wissenschaftler Bertrand Russell, der vorgeschlagen hat, eine autoritative Juristenkommission zur Überprüfung der Stichhaltigkeit der Anklageschriften gegen die Teilnehmer der fortschrittlichen Opposition zum Schah-Regime nach Iran zu entsenden. Eine breite Protestkampagne entfaltete sich unter den iranischen Studenten, von denen etwa 20 000 im Westen studieren. Die nationalen Studentenorganisationen vieler Länder der Welt verurteilten ebenfalls das Vorgehen der iranischen Behörden. Die Stimme der Weltöffentlichkeit kann die iranischen Patrioten unterstützen, ihr Los erleichtern.

A. HUSSEINI

Der nebenstehende Artikel, der zur internationalen Solidarität gegen das Blutregime des Schahs von Persien aufruft, erschien in der Juni-Nummer 1965 der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. Zur selben Zeit,

GEGENSTÜCK AUS ÖSTERREICH

Am 28. Juni fand vor der Wiener Universität eine Demonstration persischer und österreichischer Studenten gegen die faschistischen Bluturteile in Persien statt — angesichts der akuten Gefahr weiterer Hinrichtungen von 6 iranischen Patrioten.

Wenige Tage später wurde in Wien amtlich mitgeteilt, daß der österreichische Bundespräsident Jonas dem Schah in der Zeit vom 30. September bis 5. Oktober einen Höflichkeitsbesuch abstatten wird.

da die Leser diesen Artikel in Händen hielten, stattete der Henker des persischen Volkes auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets Moskau einen Freundschaftsbesuch ab. Die in Moskau herausgegebene Zeitschrift „Moscow News“ vom 26. Juni 1965, der wir unser Foto entnehmen, widmete den „hervorragenden Gästen“ einen groß aufgemachten Artikel.



Kossygin, Mikojan, der Schah und Farah Diba auf dem Moskauer Flugplatz, Juni 1965

Seit kurzem gibt eine illegale Gruppe westdeutscher Kommunisten unter dem Titel „Die Weltrevolution“ eine mit einfachsten Mitteln hergestellte Zeitung heraus, die sich in ihrer Juli-Nummer 1965 mit dem Staatsempfang für den Schah in Moskau beschäftigt. Wir bringen einen Auszug aus dem diesbezüglichen Artikel:

„Der Kaiser und Schah Reza Pahlevi von Persien und Kaiserin Farah Diba schreiten zu den Klängen der „kaiserlichen“ Hymne die Ehrenfront der Roten Armee auf dem Moskauer Flughafen ab, empfangen von der sowjetischen Führung zu einem offiziellen Staatsbesuch in der UdSSR. — So für jedermann sichtbar gewesen beim abendlichen Fernsehkonsum während des Monats Juni. Noch standen wir ganz unter dem Eindruck der Nachrichten von einer neuen Terrorwelle, die das ganze persische Volk heimsuchte, da wurde uns so das traute Kaiserpaar an der Moskwa beschert.“

Jeder, der die Ereignisse der Weltpolitik ständig beobachtet — und wir Kommunisten sollten dies als Internationalisten anderen voraus haben — weiß um die Position Persiens im Machtgefüge unserer Welt. Der Schah und sein Gefolge stehen zu Diensten des USA-Imperialismus, sie haben Land und Volk an Amerika verschachert, ein amerikanisch-britisches Kartell beutet die nationalen Erdölvorkommen aus. Riesenprofite für die ausländischen Kapitalisten — Arbeitslosigkeit, Not und Elend für das Volk von Iran. Das Land wurde zur modernsten Luftbasis der Amerikaner im Middle-

ren Osten. Dem CENTO-Militärpakt eingegliedert, ist es strategisch bedeutsames Bindeglied zwischen den aggressiven NATO- und SEATO-Pakten im Rahmen der amerikanischen 'Globalstrategie' mit Stoßrichtung besonders auf den asiatischen Teil des sozialistischen Lagers.

Große Summen des Nationalbudgets Irans werden zur Militarisierung des Landes ausgegeben, für die Unterdrückung der nationalen Opposition von der Linken bis zur Rechten, die schon über ein Jahrzehnt im Kampf um die Befreiung vom kolonialen Joch steht. Tausende mußten ihr Leben hergeben in dem Ringen um die Unabhängigkeit ihrer Heimat.

An dieser Stelle ist es unerläßlich zu erwähnen - so beschämend es auch ist - daß es Leonid Breschnew war, der noch unter der Ägide Chruschtschows in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet bei seinem Staatsbesuch in der kaiserlichen Thronkutsche über die blutgetränkten Straßen Teherans fuhr, wo zuvor der Aufstand des Volkes gegen das faschistische Regime mit Hilfe amerikanischer Panzer niedergewalzt wurde. Selbiger Breschnew, nun Erster Sekretär der KPdSU, und weitere Spitzen von Partei und Regierung, taten jetzt ihr Bestes, um dem persischen Despoten mit Gattin ihre Honneurs darzubringen.

Während nun das kaiserliche Paar auf seiner Besuchsreise einige erholsame Tage in Jalta auf der Krim-Insel einlegte, beteuerte zur gleichen Zeit A. N. Kossygin vor den afroasiatischen Studenten der Universität für Völkerfreundschaft 'Patrice Lumumba', den nationalen Befreiungsbewegungen eine größere Hilfe seitens der Sowjetunion zukommen zu lassen... Nach Abreise des Kaiserpaares veröffentlichte die TASS ein amtliches sowjetisch-iranisches Kommuniqué, in dem es u. a. heißt, beide Länder betrachten die UNO als wirksames Instrument zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit (siehe Vietnam und Santa Domingo, Anmkg.), weiters verurteilen (!) der Schah und die sowjetischen Führer in einer Atmosphäre des Verständnisses und des guten Willens den Kolonialismus und sprechen den für ihre nationale Befreiung kämpfenden Ländern und Völkern ihre Unterstützung aus..."

Radio Peking

Herzliche Grüße an unsere Hörer, verbindet Radio Peking mit dem Wunsch, daß sich unsere Freundschaft von Tag zu Tag festigen und vertiefen möge.

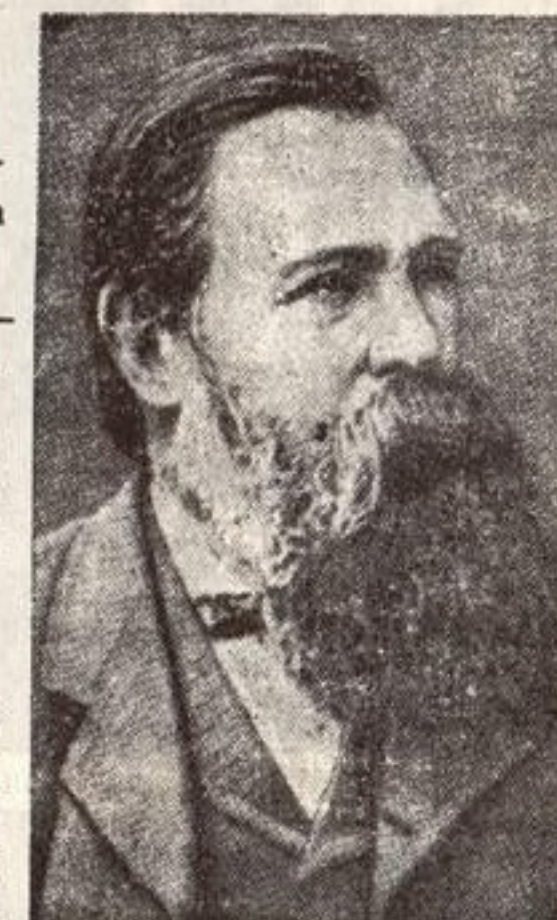
Gegenwärtig sendet Radio Peking für Europa in Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Italienisch, Serbisch, Spanisch und Esperanto. Unsere Sendungen sind aktuell und vielseitig. Sie vermitteln Ihnen ein reales Bild über die Politik, Wirtschaft und Kultur Chinas und geben Ihnen einen Einblick in das Leben des chinesischen Volkes beim sozialistischen Aufbau. Wir informieren Sie über den Standpunkt und die Stellungnahme Chinas zu gegenwärtigen wichtigen internationalen Ereignissen. Radio Peking bildet eine Brücke der Freundschaft des chinesischen Volkes zu allen für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und den Sozialismus kämpfenden Völkern der Welt. Jeden wertvollen Hinweis und Vorschlag unserer Freunde zu unseren Sendungen begrüßen wir von ganzem Herzen. Wir freuen uns über jeden Brief und garantieren Antwort.

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM

MEZ	KHZ	METER
19.00-22.00	6210	48.3
	6890	43.5
	7080	42.4
	7450	40.3
	9457	31.7
	9860	30.4
20.30-21.30	11630	25.8
	6210	48.3
	7080	42.4
	9457	31.7
	11630	25.8

Friedrich ENGELS

Am 5. August 1895, vor 70 Jahren, starb der große Freund und Kampfgefährte von Marx, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels. Ebenso wie sein genialer Freund hatte Engels sein ganzes Leben hindurch gegen die materiellen und ideologi-



„Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen. Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner.“

(Engels an Bebel, 28. März 1875)

„Es sind die Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, möge zu weit gehen. Statt entschiedener politischer Opposition allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie der Versuch, sie zu gewinnen und zu überreden; statt trotztigen Widerstands gegen Mißhandlungen von oben, demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient. Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Mißverständnisse und alle Diskussion beendet mit der Beteuerung: in der Hauptsache sind wir ja alle einig... Die sozialdemokratische Partei soll keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Haß der Bourgeoisie oder überhaupt irgend jemandes auf sich laden; sie soll vor allem unter der Bourgeoisie energische Propaganda machen; statt auf weitgehende, die Bourgeoisie abschreckende und doch in unserer Generation unerreichbare Ziele Gewicht zu legen, soll sie lieber ihre ganze Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen verleihen und dadurch die endliche Katastrophe vielleicht in einen allmählichen stückweisen und möglichst friedfertigen Auflösungsprozeß verwandeln könnten.“

(„Zirkularbrief“, September 1879)

„Ich habe nie verhehlt“, schreibt Engels am 25. Jänner 1882 an Bernstein, „daß nach meiner Ansicht die Massen in Deutschland viel besser sind als die Herren Führer, besonders seit diesen durch die Presse und Agitation die Partei eine milchende Kuh geworden, die sie mit Butter versorgte.“

(Engels an Bernstein, 25. Jänner 1882)

„Die Streitfrage ist rein prinzipiell“, schrieb Engels am 28. Oktober 1882 über den Stimmzettelsocialismus der französischen Opportunisten („Possibilismus“) an Bebel, „soll der Kampf als Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie geführt werden, oder soll es gestattet sein, auf gut opportunistisch (oder wie das in sozialistischer Übersetzung heißt: possibilistisch) den Klassencharakter der Bewegung und das Programm überall da fallenzulassen, wo man dadurch mehr Stimmen, mehr Anhänger bekommen kann? Für letzteres haben Malon und Brousse sich erklärt, damit den proletarischen Klassencharakter der Bewegung geopfert und die Trennung unvermeidlich gemacht.“

(Engels an Bebel, 28. Oktober 1882)

„Darüber, daß es eines Tages zu einer Auseinandersetzung mit den bürgerlich gesinnten Elementen der Partei und zu einer Scheidung zwischen rechtem und linkem Flügel kommt, habe ich mir schon längst keine Illusion mehr gemacht“, schrieb Engels am 21. Juni 1882 an Bebel. „Daß Du zu derselben Ansicht gekommen bist, kann uns nur sehr erfreulich sein... Darauf aber kannst Du sicher rechnen: Wenn es zu einer Auseinandersetzung mit diesen Herren kommt und der linke Flügel der Partei Farbe bekannnt, so gehen wir unter allen Umständen mit Euch und das aktiv und mit offenem Visier.“

(Engels an Bebel, 21. Juni 1882)

schen Einflüsse des Bürgertums auf die Arbeiterbewegung zu kämpfen. Mit welcher Schärfe und Konsequenz er es tat, zeigen schon die wenigen abgedruckten Proben.

In einer Zeit, da die Vergiftung mit bürgerlichen, klassenfremden Ideologien auch einen Teil der kommunistischen Weltbewegung erfaßt hat, sind gerade diese Stellungnahmen Engels' von höchster Aktualität - goldene Worte des Marxismus, die man nicht oft und gründlich genug studieren kann.

Wir werden den Abdruck von Stellungnahmen unserer Klassiker zu dieser Thematik fortsetzen.



"Demokratie" in Alabama



Erschossener Arbeiter in Santa Domingo

Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Beuteer geworden.

Der Verlauf der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das Haupt der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist.

Die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkriegs nicht vorbei ist. Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus.

Erklärung der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1957



BOSS JOHNSON



PUPPE KY

"MEIN VORBILD IST HITLER!"

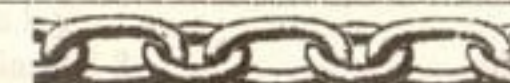
"Man fragt mich, wer meine Vorbilder sind. Ich habe nur eines - Hitler!" So sagte der von den USA-Bossen jüngst in Südvietnam als Ministerpräsident eingesetzte Vizemarschall Nguyen Cao Ky. Der Favorit Johnsons sagte das am 4. Juli zu Brian Moynahan, einem Reporter des Londoner "Sunday Mirror". Er fügte hinzu: "Ich verehere Hitler, weil er die Kraft seines Landes zusammenballte, als es schlechte Zeiten gab. Aber in Südvietnam ist die Situation so, daß ein Mann nicht genügt. Wir brauchen vier oder fünf Hitlers in Vietnam!"



Frauen und Kinder als Opfer der amerikanischen Barbareien in Südvietnam



AMERIKANISCHE "FREIHEIT" 1965



Truppen patrouillieren durch die Negerviertel von Los Angeles



US-Marinefusiliere brennen mit Flammenwerfern die Dörfer Südvietnams nieder, in denen sie Patrioten vermuten

TRENNUNG VON DEN REVISIONISTISCHEN FÜHRERN - UM DEM KOMMUNISMUS TREU BLEIBEN ZU KÖNNEN

Heinrich und Peter
Tesinsky
Favoritenstr. 155/7
Wien 10.,

Wien, am 1. September 1965

ABSCHRIFT!

An die KPÖ
Bezirksleitung Favoriten

Auf Grund Eurer Politik des ständigen Abweichens von den bewährten revolutionären Traditionen der KPÖ, Eures ständigen Aufgebens marxistischer Grundsätze und Eures Einschwenkens auf die Positionen der Sozialdemokratie sehen wir uns gezwungen, Euch unseren Austritt aus der Kommunistischen Partei Österreichs mit heutigem Tage bekanntzugeben.

Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß ein weiteres Verbleiben in der KPÖ an der falschen Politik, die das Zentralkomitee der Partei aufzwingt, nichts ändern kann, daß es gegen unsere Überzeugung ist, diese Politik mitzumachen und daß sie ein Hemmschuh für jede klassenbewußte marxistische Betätigung ist.

HEINRICH TESINSKY e.h.

PETER TESINSKY e.h.

Robert Broessler
Kohlmarkt 12
Wien 1.,

ABSCHRIFT!

Wien, am 9. August 1965

An die
Wiener Schiedskommission
der KPÖ

In Ihrem Schreiben vom 21. Juni 1965 wird mein Ausschuß aus der Grundorganisation bestätigt und auf die Einspruchsmöglichkeit bei der Zentralen Schiedskommission hingewiesen. Ich habe von dieser Möglichkeit bewußt keinen Gebrauch gemacht, da ich nach dem letzten Parteitag zu der Ansicht gekommen bin, daß Sie mit der in Ihrem Schreiben angeführten Begründung vollkommen recht haben, wenn Sie feststellen: "Die Zugehörigkeit zum Redaktionskomitee dieses Blattes (gemeint ist die "Rote Fahne") ist mit der Mitgliedschaft in der KPÖ unvereinbar."

Ich lege auf eine Mitgliedschaft in der sogenannten "Kommunistischen" Partei Österreichs jetzt umso weniger Wert, als die österreichischen Marxisten-Leninisten - wie Ihnen bekannt sein wird - die Neugründung unserer Partei auf den revolutionären Grundlagen unserer Bewegung bereits beschlossen haben, womit mir der endgültige Untergang der revisionistischen Spalterpartei nur mehr als eine Frage der Zeit erscheint.

Ich möchte daher abschließend feststellen, daß ich in Anbetracht der letzten Entwicklung in der KPÖ auch ohne meine mühselig mit einer Stimmenmehrheit von 10:9 von der Parteiführung durchgepeitschte Ausschließung aus der Partei freiwillig ausgetreten wäre, um mich den Genossen der "Roten Fahne" anzuschließen und mit ihnen gemeinsam durch die Neugründung unsere Partei von der Schande und dem Verrat der Revisionisten zu befreien.

ROBERT BROESSLER e.h.

Ludwig Pfeiler
Hauskirchen 129
Niederösterreich

ABSCHRIFT!

Hauskirchen, den 23. Juni 1965

An die
Bezirksleitung der KPÖ
Zistersdorf

Der 19. Parteitag der KPÖ hat nun mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß er das Ergebnis einer revisionistischen Entwicklung ist, die sich bei uns seit dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU herauskristallisiert hat und die den Prinzipien des Marxismus-Leninismus diametral entgegensteht. Damit hat die KPÖ aufgehört, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterschaft zu sein. Ich bin nicht gewillt, mir weiterhin vom Zentralkomitee den revisionistischen Kurs aufzwingen zu lassen. Daher trete ich aus der KPÖ aus.

Die hier folgenden Worte Lenins haben mich von der Richtigkeit meiner Handlungsweise voll und ganz überzeugt:

"Man kann gegenwärtig die Aufgaben des Sozialismus nicht erfüllen und den wahren internationalen Zusammenschluß der Arbeiter nicht verwirklichen, ohne mit dem Opportunismus entschieden zu brechen und die Massen über die Unvermeidlichkeit seines Fiaskos aufzuklären." (Lenin, "Krieg und russische Sozialdemokratie").

Mit revolutionärem Gruß

LUDWIG PFEILER e.h.

Josef Gyaky
E-Werk-Gasse 2
Traismauer N.Ö.

AUSZUG!

Traismauer, am 14. August 1965

An die
Bezirksleitung der KPÖ
St. Pölten

Ich teile Ihnen mit, daß ich mit dem heutigen Datum aus der KPÖ austrete, der ich neunzehn Jahre lang angehörte.

Heute gehört nicht mehr viel Wissen dazu, um zu erkennen, wohin die Partei steuert. Viel schwieriger war es für einfache Mitglieder vor drei und vier Jahren: Auf dem 18. Parteitag der KPÖ wurden der Revisionismus und alle fremden Ideologien noch bekämpft und verurteilt, die Klassenpolitik der Partei für die österreichische Arbeiterklasse umrissen und gebilligt. Der 19. Parteitag aber billigte alles, was wir noch vor Jahren nur den Feinden der Arbeiterklasse zutrauten: Die SPÖ wurde als "Arbeiterpartei" herausgeputzt, die Koalition für gangbar erklärt, obwohl die bürgerlichen Zeitungen darüber lachen und fordern, noch mehr von unseren Kampfformen abzubauen.

Die österreichische KP hat nach dem 19. Parteitag als Klassenpartei der österreichischen Arbeiterklasse aufgehört zu bestehen und ist das nur noch dem Namen nach.

Der Marxismus ist, war und bleibt revolutionär, weil die Bourgeoisie nicht freiwillig von ihrer Klassenherrschaft abtritt.

Ich ersuche alle ehrlichen Genossen, dem Marxismus-Leninismus, dem revolutionären Klassenstandpunkt und der Prinzipienfestigkeit treu zu bleiben!

Mit kommunistischem Gruß

JOSEF GYAKY e.h.

"THEORIEN" DES 19. PARTEITAGS DER KPÖ UNTER DER LUPE:

DIE LEHRE VON DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

— DAS HERZSTÜCK DES MARXISMUS-LENINISMUS

Zu Fürnbergs Abhandlung "Ist die Formel der Diktatur des Proletariats noch gültig?"

In seinem grundlegenden Werk "Staat und Revolution" bezeichnete Lenin die Auffassungen von Marx und Engels über die Diktatur des Proletariats "als fraglos wichtigsten Teil ihrer Lehre".*) Ebenfalls in "Staat und Revolution" zitiert Lenin die in einem Brief von Karl Marx enthaltene Einschätzung, in der Marx schreibt, daß er weder die Entdeckung der Klassen noch ihren Kampf untereinander (Klassenkampf) als sein eigenes Verdienst betrachte, da beides schon vor ihm von bürgerlichen Geschichtsschreibern und Ökonomen dargestellt worden sei "Was ich neu tat", heißt es in der von Lenin zitierten Stellungnahme von Karl Marx, "war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden sei, 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe; 3. daß diese Diktatur selbst nur der Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde."**)

In seiner auf dem 19. Parteitag der KPÖ abgegebenen Erklärung hat sich Fürnberg, der wieder zum Generalsekretär bestimmt wurde, von diesem wichtigsten Teil der marxistisch-leninistischen Lehre losgesagt (in einer noch etwas verklausulierten Form hat er das allerdings bereits in seinem Referat vor dem Plenum des ZK der KPÖ vom August 1963 getan, womit sich die erste Nummer der 'Roten Fahne' auseinandersetzte). Damit hat Fürnberg diesem 19. Parteitag die entscheidende Note gegeben: er hat ihn zum ersten durch und durch revisionistischen Parteitag der KPÖ gestempelt, er hat damit den theoretischen Schlußstrich unter die revolutionäre marxistisch-leninistische Vergangenheit der KPÖ gezogen. Mit diesem vom 19. Parteitag gebilligten, die Lehre von der Diktatur des Proletariats als den "fraglos wichtigsten Teil" des Marxismus verneinenden Erklärungen Fürnbergs hat sich die KPÖ geschichtlich ihr eigenes Todesurteil gesprochen, hat sie aufgehört, eine kommunistische Partei zu sein.

Allerdings - auch ehrliche Kommunisten könnten sich durch einige Scheinverrenzen täuschen lassen, die Fürnberg machen mußte, um weiterhin im Mantel eines Marxisten-Leninisten operieren zu können. Es ist deshalb notwendig, im einzelnen auf die Theorien Fürnbergs einzugehen.

Das Wesentliche kommt bereits in dem von Fürnberg für seine Erklärung gewählten Titel zum Ausdruck:

a) Die Diktatur des Proletariats ist danach nicht mehr als eine "Formel";

Fürnberg beraubt damit die Lehre von der Diktatur des Proletariats im vor-hinein ihres wesentlichen Charakters einer grundsätzlichen und entscheidenden Erkenntnis, die sie als Herzstück der gesamten Auffassungen des Marxismus-Leninismus besitzt; in bagatellisierender und herabsetzender Weise verfälscht Fürnberg den "fraglos wichtigsten Teil" des Marxismus in eine bloße "Formel".

b) mit der Infragestellung der Gültigkeit der Lehre von der Diktatur des Proletariats, dieses Marksteines zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus, ist die verneinende Antwort bereits im voraus gegeben, ist seitens Fürnbergs der entscheidende Schritt getan, mit dem er sich vom Marxismus-Leninismus lossagt.

* W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Seite 173

**Ebenda, Seite 182

Schon im einleitenden Absatz kommt Fürnbergs Einstellung zur Diktatur des Proletariats unmißverständlich zum Ausdruck: "Wir müssen ... aber auch den Mut haben, wenn sich Erkenntnisse als überholt herausstellen, dies offen auszusprechen. In diesem Sinne möchte ich hier zu dem Problem Diktatur des Proletariats Stellung nehmen." Es ist somit von allem Anfang an klar, worauf die Überlegungen des Generalsekretärs der KPÖ hinauslaufen, - die Diktatur des Proletariats als überholt zu erklären.

Im ersten Teil seiner Erklärungen entwickelt Fürnberg einen historischen Rückblick über die theoretische und praktisch-politische Rolle der Diktatur des Proletariats in der ganzen Periode vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Entstehung der Volksdemokratien nach dem Zweiten Weltkrieg. Für diese vergangene Periode billigt er - in großmütiger Weise, fühlt man sich fast versucht zu sagen - der Diktatur des Proletariats ihre positive historische Rolle zu.

Aber bereits in diesem historischen Teil finden sich falsche Darstellungen von entscheidender grundsätzlicher Bedeutung: so heißt es da, daß im Staate der Diktatur des Proletariats "das Großkapital und seine Vertreter von der politischen Macht entfernt werden". "Das", sagt Fürnberg weiter, "ist der Inhalt der sozialistischen Revolution, die 1917 in Rußland begann." Hier hat der Geschichtsfälscher Fürnberg - entsprechend seinem heutigen Standpunkt der Preisgabe der proletarischen Diktatur - schon eine kleine Machination vorgenommen: statt wahrheitsgemäß zu sagen, daß das Kapital aus seiner Machtposition entfernt wurde, ersetzt er das Wort "Kapital" einfach durch das Wort "Großkapital" - so, als ob schon Lenin den revisionistischen Standpunkt, lediglich das Großkapital zu enteignen und nur seine Privilegien abzuschaffen, alle übrigen Kapitalisten aber weiterhin ihre Ausbeutung betreiben zu lassen, geteilt hätte!

Weiters wird in dieser "historischen Darstellung" Fürnbergs das entscheidende Merkmal der Zerstörung des alten, bürgerlichen Staatsapparates als der unerläßlichen Voraussetzung für die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse mit Schweigen übergangen. Zu dieser Frage schrieb Lenin: "Auf der anderen Seite ist die 'kautskyanische' Entstellung des Marxismus viel feiner. 'Theoretisch' wird weder in Abrede gestellt, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, noch daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Außer Acht gelassen oder vertuscht wird aber folgendes: wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und 'sich ihr mehr und mehr entfremdende' Macht ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese 'Entfremdung' verkörpert.'*)

Geradezu aufs Wort genauso wie es Lenin vor nun fast einem halben Jahrhundert Kautsky vorwirft, trifft es heute auf den modernen "Kautskyaner" Fürnberg zu, der in ähnlich "feinerer" Weise die Notwendigkeit der Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates selbst für jene historisch vergangene Periode wegreutet, für die er der Diktatur des Proletariats noch eine positive Rolle einzuräumen geruht. Wie Fürnberg es darstellt, könnte man fast annehmen, daß es sich bei der Errichtung des Staates der proletarischen Diktatur damals nur um einen Wechsel in der Führung des Staates, in der Regierung, gehandelt hätte, nicht aber um eine Vernichtung des alten, bürgerlichen, und um die Schaffung eines gänzlich neuen Staates der revolutionären Diktatur des Proletariats, worin das Wesen der Sache liegt.

So sieht bereits in der "historischen" Rückschau Fürnbergs Diktatur des Proletariats jenem Scheingebilde von "sozialistischem Staat" verzweifelt ähnlich, dessen Herbeiführung er, gehorsam den Fußtapfen Chruschtschows folgend und alten und neuen Revisionisten, auf friedlichem Wege und im Bündnis mit der Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse, mit der Sozialdemokratie, in direktem Gegensatz zu den Grundlehren des Marxismus-Leninismus, als eine durch

* W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Seite 162

die "geänderten Verhältnisse möglich gewordene Perspektive" den Arbeitern vorzugaukeln bemüht ist.

Fürnberg muß zwar zugeben, daß "ohne die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und die ganze darauffolgende Entwicklung, nämlich die Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg und der Sieg des Sozialismus in einer großen Zahl neuer Länder nicht möglich gewesen" wäre, aber selbst in diesem Zusammenhang wird von ihm der Name Stalins, des großen Führers der russischen und der internationalen Arbeiterklasse, dessen Wirken untrennbar verbunden ist mit den historischen Siegen der sozialistischen Revolution in der Sowjetunion und in den späteren Ländern des Sozialismus, nicht erwähnt. Freilich - vom Standpunkt Fürnbergs aus ist das verständlich: welcher schlechten Eindruck hätte es doch bei den von ihm umworbenen neuen Bündnispartnern - den Führern der SP und der übrigen "demokratischen" Parteien - hervorgerufen, wenn Fürnberg als Fürsprecher des salonfähig gewordenen sogenannten "friedlichen Weges zum Sozialismus" auf diesem Parteitag der Anbiederung an die Politik der Sozialdemokratie und der Aufgabe der Grundsätze des Marxismus-Leninismus den Namen Stalins oder gar seine Verdienste auch nur erwähnt hätte!

Gewissermaßen als Abschluß und Höhepunkt seiner "historischen" Betrachtungen greift Fürnberg schließlich zu einem sophistischen Trick: nachdem er die historische Bedeutung der Diktatur des Proletariats - wenn auch mit Entstellungen und Einschränkungen - immerhin hat anerkennen müssen, bedient er sich schließlich sogar dieses grundlegenden Begriffs der revolutionären Arbeiterbewegung, um ihn für seinen revisionistischen Irrweg des "friedlichen Weges" zu mißbrauchen. "Ohne die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion hätte sich für uns und für andere Länder die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus nicht eröffnet", heißt es bei Fürnberg! Die sophistische Verdrehung - und nur als solche läßt sich das beschreiben - erreicht hier den Gipfel, indem der revisionistische Betrug vom "friedlichen Weg zum Sozialismus" buchstäblich zu einer Art Fortsetzung der marxistisch-leninistischen Theorie von der Diktatur des Proletariats verklärt wird!

Es war immer schon richtig, daß - wie es bei Fürnberg weiter heißt - "das Großkapital (sollte richtig heißen 'Kapital'), auf sich allein gestellt, garnicht imstande wäre, der Arbeiterklasse und dem arbeitenden Volk ernsthaften oder gar bewaffneten Widerstand zu leisten, wenn dieses einheitlich für den Sozialismus eintritt". Mit dieser im wesentlichen richtigen Feststellung will Fürnberg beweisen, daß jene "entscheidenden Gründe, die es den Kapitalisten seinerzeit in Rußland ermöglicht haben, den Bürgerkrieg ... zu führen, heute nicht mehr zutreffen" und daß wir heute im Kampf um den Sozialismus "von wesentlich anderen Voraussetzungen ausgehen" als 1918/19 und 1945. Daß sich viele Voraussetzungen seit damals wirklich geändert haben, ist eine selbstverständliche Tatsache, aber den Beweis dafür, daß diese Veränderungen den Widerstand der Bourgeoisie gegen den Sozialismus vermindert oder eine wirkliche Einheit der Arbeiterklasse für den Kampf um den Sozialismus geschaffen hätten, ist Fürnberg natürlich restlos schuldig geblieben. Die Veränderungen in der Welt - die Existenz eines großen sozialistischen Lagers und einer mächtigen antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung - stellen eine gewaltige Hilfe dar im Kampf um den Sozialismus auch bei uns in Österreich, ändern aber nichts an der Tatsache, daß der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse nach wie vor auf die Schaffung der Diktatur des Proletariats auf dem Wege der proletarischen Revolution gerichtet sein muß und daß diese revolutionäre Orientierung das Um und Auf der Politik einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei bleibt und bleiben muß.

Die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Einheitsfront der Arbeiterklasse für den siegreichen Kampf um den Sozialismus zu schaffen, das ist heute bei uns ebenso die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei, wie es ihre Aufgabe schon seit den Tagen ihrer Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg war. In den großen Aspekten hat sich hierin, Fürnbergs sophistischen Überlegungen zum

Trotz, nichts geändert. Nach wie vor behält die marxistisch-leninistische Erkenntnis ihre grundsätzliche Gültigkeit: nur mit der Orientierung auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats kann es gelingen, die notwendige revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes für den Sieg des Sozialismus gegen die Kräfte der Reaktion zu erringen.

Als Hauptargument für seinen Verzicht auf die proletarische Grundstrategie der Diktatur des Proletariats beruft sich Fürnberg, seine revisionistischen Rosabrilien plötzlich ablegend, auf die Zurückgebliebenheit und Unaufgeklärtheit der breiten Volksmassen! Auf Grund ihrer schrecklichen Erfahrungen in der Zeit der faschistischen Diktatur seien die Volksmassen heute "jedweder Diktatur" zutiefst abgeneigt und daher sei es unklug - ungefähr so argumentiert Fürnberg - die Losung der Diktatur des Proletariats aufrecht zu erhalten. Daß, wie wir Kommunisten seit eh und je immer wieder hervorgehoben haben, eben darin unsere Aufgabe besteht, die Arbeiterschaft aufzuklären und zu überzeugen von dem grundsätzlichen und diametralen Unterschied zwischen der sogenannten "bürgerlichen Demokratie", die nur eine verhüllte Form der Diktatur der Bourgeoisie ist, und der proletarischen Diktatur, die in Wahrheit gerade wegen ihres diktatorischen Charakters gegenüber den alten Ausbeuterklassen eine echte Demokratie für die überwältigende Mehrheit des arbeitenden Volkes ist - das stellt Fürnberg heute als unrealistisch und undurchführbar hin. Die Volksmassen, so meint er scheinheilig, verlangen heute: "Keine Diktatur zulassen, unbedingt die Demokratie bewahren!" Und diesen das ganze Wesen der Sache verkennenden, von der Bourgeoisie gezeuhten Vorstellungen irreführender und unaufgeklärter Schichten des Volkes, so verlangt Fürnberg, müsse unbedingt nachgegeben werden, statt, wie es bisher die Grundaufgabe der Kommunisten war, die Unaufgeklärten aufzuklären, den Irreführten den richtigen Weg zu zeigen.

Hinunter auf das Niveau der von den bürgerlichen Meinungsfabriken geformten Vorstellungen entpolitisierter Massen, statt sie mit Geduld und Beharrlichkeit auf den richtigen Weg zu bringen - das ist Fürnbergs neuer "Weg zum Sozialismus"! Der hierin zum Ausdruck kommende tiefe Unglaube an die heute noch schlummernden revolutionären Kräfte des Volkes, das laut Fürnberg "die Feinheiten der Theorie... die feststellt, daß die Diktatur des Proletariats als die Demokratie für das Volk gedacht ist", nicht verstehen könne, kennzeichnet den Revisionisten! Neben dem bis zum Verzweiflungsakt des Verzichts auf die revolutionären Grundsätze des Marxismus-Leninismus angewachsenen Unglauben an die Kraft und den Verstand der Volksmassen kommt in dieser Äußerung Fürnbergs auch sein eigenes tiefes Unverständnis der Diktatur des Proletariats zum Vorschein, die keineswegs nur "als Demokratie für das Volk gedacht ist", sondern tatsächlich Demokratie für das arbeitende Volk ist! Damit wird auch klar, daß es bei Fürnberg nicht so sehr um das angebliche Unverständnis der Massen geht, sondern die Wurzel seiner revisionistischen Degenerierung in seinem eigenen Unverständnis und in seinem eigenen Unglauben an die Diktatur des Proletariats begründet ist.

"Keine Diktatur zulassen, unbedingt die Demokratie bewahren!" - ruft Fürnberg, sein Ohr dem Mund der Massen zuneigend. Aber nicht genug, daß er diese die Frage der Staatsmacht und der Klassenherrschaft ignorierende und daher völlig taube Formel wie ein Papagei wiederholt, akzeptiert und übernimmt er sie. Er gibt damit alle Grundsätze des Marxismus-Leninismus, alle Erkenntnisse über das Wesen des Staates und über die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution preis, sinkt vollständig auf das Niveau eines von revolutionären Vorstellungen himmelweit entfernten Kleinbürgers herab, für den die bürgerliche Demokratie die "Demokratie überhaupt" ist und den nichts mehr schreckt als das Wort "Diktatur". Und ebenso wie der kleinbürgerliche Philister übersieht er vor Schreck ganz, daß die geschichtliche Entwicklung leider nur die Wahl offen läßt, entweder weiter den als bürgerliche Demokratie getarnten (bzw. überhaupt ungetarnten) Staat der Diktatur der Bourgeoisie zu dulden oder für die Erringung des Staates der Diktatur des Proletariats als dem einzig möglichen Weg zu einer künftigen klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft einzutreten.

Als weiteres Argument für seinen Verzicht auf die Diktatur des Proletariats holt Fürnberg sodann die von Chruschtschow und anderen modernen Revisionisten zum Vorwand für ihr antimarxistisches Renegatentum genommenen "Verstöße gegen die Demokratie" zu Lebzeiten Stalins - dessen Namen Fürnberg nicht einmal in diesem Zusammenhang über die Lippen geht - hervor, über die bekanntlich noch nie eine ernste, objektive historisch-wissenschaftliche Untersuchung erfolgt ist. Hier wird es besonders klar, welchem dunklen Zweck die Anschuldigungen Chruschtschows und seiner Nachbeter vom Schlage Fürnbergs gegen Stalin gedient haben und weiterhin dienen: als Vorwand für ihre Politik der Verunglimpfung und der Verneinung der Grundideen des Marxismus-Leninismus über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Zuerst gingen sie daran, durch ihre demagogischen und nie bewiesenen Anschuldigungen gegen Stalin das Vertrauen in die Diktatur des Proletariats zu erschüttern, und sodann berufen sie sich wie jetzt Fürnberg darauf, daß es wegen dieser von ihnen selbst planmäßig herbeigeführten Erschütterung des Vertrauens in die Diktatur des Proletariats heute nicht mehr möglich oder zweckmäßig sei, die Forderung nach ihrer Verwirklichung aufrecht zu erhalten! Es ist die alte "Haltet-den-Dieb!"-Methode! Aus dem Hinterhalt haben sie zunächst ihren Feldzug gegen die Diktatur des Proletariats eröffnet, haben ihr danach offen den Krieg erklärt und sie schließlich in der Sowjetunion offiziell beseitigt, indem sie an ihre Stelle einen sogenannten "Staat des ganzen Volkes" setzten, den Fürnberg in seiner Parteitage Rede zwar als historischen Fortschritt bezeichnete, der in Wirklichkeit aber einen historischen Rückschritt in der Richtung der Restauration von Elementen der Ausbeuterordnung bemäntelt.* Gleichzeitig entfernen die Revisionisten in den kapitalistischen Ländern, wie das in Österreich Fürnberg besorgt, das Bekenntnis zum revolutionären Weg der Diktatur des Proletariats aus dem Programm der von ihnen verführten kommunistischen Parteien, wobei auch hier die "Verstöße gegen die Demokratie" in der "Zeit des Personenkults" herhalten müssen, für die - soweit sie nicht überhaupt erlogen sind - Fürnberg ebenso wie sein Meister Chruschtschow nicht bestimmte, damals in der Sowjetunion vorhandene konterrevolutionäre Kräfte verantwortlich macht, sondern das System der Diktatur des Proletariats. Scheinheilig stellt Fürnberg die Frage: "Wie sollen wir uns nun in dieser Lage (des von ihm und seinesgleichen selbst herbeigeführten und hochgezückelten Mißtrauens vieler Menschen gegen die Diktatur des Proletariats, Anmkg.) verhalten?" Und er gibt sich tatsächlich den Anschein, als ob er selbst ja so gerne weiterhin für die Diktatur des Proletariats eintreten würde, aber leider, leider sei diese so sehr in Verruf geraten, daß es die Klugheit gebiete, sie aufzugeben.

In absichtlich unklar gehaltenen Worten beschuldigt Fürnberg sodann die Diktatur des Proletariats, daß sie in Wirklichkeit keine Demokratie für das Volk bedeute und daß man deshalb heute "mit der Wiederholung der Formel 'Diktatur des Proletariats' dem Kampf um den Sozialismus nicht nützt, sondern schadet"! So weit also hat sich Fürnberg von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus entfernt, daß er die Tribüne des Parteitage dazu verwendet, die Partei aufzurufen, im Interesse des Sozialismus mit dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats Schluß zu machen!

Um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, setzt Fürnberg fort: "Wir müssen dem Volk sagen, daß wir keine Diktatur anstreben, sondern eine Demokratie, in der das Volk tatsächlich täglich und nicht nur in Form von Wahlen über sich und sein Land selbst bestimmen kann." Hier deklariert sich Fürnberg als Propagandist der bürgerlichen Demokratie, der er das Zeugnis ausstellt, in ihr könne das Volk jedenfalls in Form von Wahlen "über sich und sein Land selbst bestimmen". Früher, in seinen besseren Tagen, hat Fürnberg oft genug richtig betont, daß die bürgerliche De-

* Lenin schreibt in "Staat und Revolution": "Der 'freie Volksstaat' war eine Programmforderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Irgend einen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlichen schwülstigen Umschreibung des Begriffes Demokratie, hat diese Losung nicht." Ferner: "Jedweder Staat ist 'eine besondere Repressionsgewalt' gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein jeder Staat unfrei und kein Volksstaat." (Ausgewählte Werke, Bd. 2, Seite 171).

mokratie nichts anderes als eine besondere Form der Diktatur des Kapitals ist und die bürgerlich-demokratischen Wahlen dem Volk in Wahrheit keine Möglichkeit geben, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Auf welch tiefstes Niveau von parlamentarischem Kretinismus und plumpster Demagogie ist nun der frühere Haupttheoretiker und Generalsekretär der KPÖ hinabgesunken!

Fürnberg sagt weiter: "Bleibt die Frage: Stellen wir uns dadurch, daß wir statt von der Diktatur des Proletariats von der Demokratie für das Volk sprechen, nicht auf den Standpunkt der Sozialdemokratie?" Fürnberg verneint das zwar, aber schon daß er sich mit dem Verdacht des Absinkens auf sozialdemokratische Positionen auseinandersetzen muß, beweist, daß es viele Mitglieder und Funktionäre der KPÖ gibt, die spüren, daß mit dem Verzicht auf die Diktatur des Proletariats der wesentliche Unterschied zwischen der KPÖ und der Sozialdemokratie geschwunden ist. Fürnbergs Aufzählung der angeblich weiter bleibenden Unterschiede zwischen KPÖ und SPÖ ist faktisch eine Bankrotterklärung der KPÖ als einer selbständigen politischen Partei, nicht zu reden von einer selbständigen revolutionären Partei. Die Aufzählung Fürnbergs widerlegt nicht, sondern demonstriert, daß es nun tatsächlich keine wesentlichen Unterschiede mehr zwischen KPÖ und SPÖ gibt, daß die KPÖ Fürnbergs auf dem klassenverräterischen Standpunkt der SP Pittermanns gelandet ist.

Wie sehen denn die von Fürnberg aufgezählten Unterscheidungsmerkmale aus?

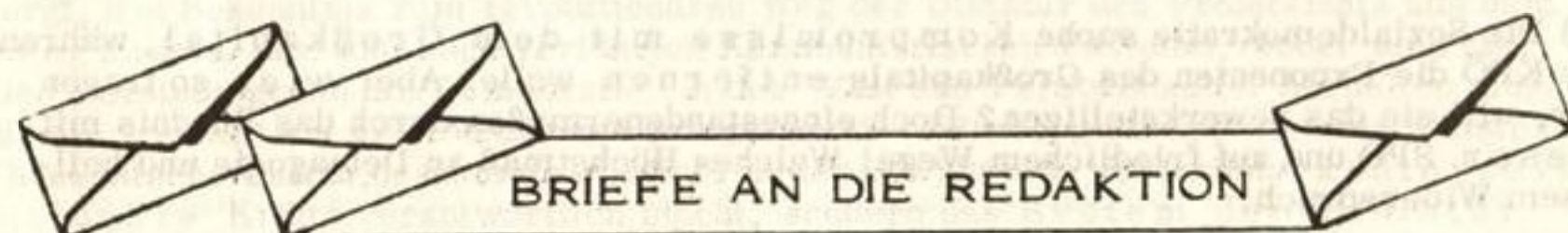
- 1.) Die SPÖ sei für die "Sozialpartnerschaft". Aber hat nicht die KPÖ auf ihrem 19. Parteitag die sogenannte "Mitbestimmung" auf ihre Fahnen geschrieben, die nur ein anderer Name für die Politik der Sozialpartnerschaft ist?
- 2.) Die Sozialdemokratie suche Kompromisse mit dem Großkapital, während die KPÖ die Exponenten des Großkapitals entfernen wolle. Aber wie, so fragen wir, will sie das bewerkstelligen? Doch eingestandenermaßen durch das Bündnis mit dieser SPÖ und auf friedlichem Wege! Welches Höchstmaß an Demagogie und heillosem Widerspruch!
- 3.) Wenn Fürnberg das Eintreten der KPÖ für den revolutionären Kampf der Volksmassen als Unterschied gegenüber der Sozialdemokratie reklamiert, so erhebt sich die gleiche Frage: Du hast auf die Diktatur des Proletariats verzichtet und den Weg der proletarischen Revolution durch den revisionistischen "friedlichen Weg" ersetzt - was anderes bleibt da vom revolutionären Kampf übrig als leere Worte und irreführende Phrasen?
- 4.) Als weiteren angeblichen Unterschied führt Fürnberg ins Treffen, daß die KPÖ sich das Ziel der Eroberung der politischen Führung der Gesellschaft stelle, während die Sozialdemokratie dem Kapitalismus die Führung überlasse. Aber, so fragen wir, war es in der Zeit des sogenannten "Austromarxismus", etwa in den Tagen Otto Bauers, nicht ebenfalls das erklärte Ziel der Sozialdemokratie, dem Kapitalismus die Führung zu entwenden und die "politische Führung der Gesellschaft zu erobern"? War aber wegen dieser ihrer Erklärung die Sozialdemokratie damals etwa eine revolutionäre Partei? War wegen dieser Erklärung (Linzer Programm) die Sozialdemokratie etwa keine Partei des Verrates an den Grundinteressen der Arbeiterklasse, nur in Worten revolutionär, in ihren Taten aber Verteidigerin der kapitalistischen Gesellschaftsordnung? Erhebt andererseits nicht sogar auch die SPÖ Pittermanns ab und zu - unter dem Beifall Fürnbergs und anderer Revisionisten - ihren "Führungsanspruch"? Und wo ist schließlich in den neuesten Theorien Fürnbergs vom Mehrparteiensystem noch von einer politischen Führung durch die Kommunisten die Rede?

Doch man muß Fürnberg nicht widerlegen - er besorgt es selbst. Im vorletzten Absatz heißt es bei ihm: "Allerdings sind wir der Meinung, daß es gelingen kann und wir alle Anstrengungen dazu machen müssen, die Sozialisten für den gemeinsamen Kampf für einen friedlichen Weg zum Sozialismus zu gewinnen und daß gerade darin die reale Möglichkeit liegt, auf diesem Wege in Österreich den Sozialismus zu verwirklichen." Einerseits ist die SP also garnicht für den Sieg des Sozialismus (worin sie sich eben von der KPÖ unterscheidet, wie Fürnberg erklärt), aber andererseits erblickt er gerade in der Zusammenarbeit und im Bündnis mit dieser SP die Möglichkeit

zur friedlichen Verwirklichung des Sozialismus. Das von Fürnberg aufgegebene Rätsel hat eine einfache Lösung: weder die SPÖ noch die Revisionisten vom Schlage Fürnbergs sind bereit und imstande, wirklich für den Sozialismus zu kämpfen, auch aus der mehr oder weniger engen Zusammenarbeit dieser beiden so "demokratischen" und "friedlichen" Richtungen läßt sich also für den Sozialismus nichts gewinnen, der nur aus dem revolutionären Sturz der alten, kapitalistischen Gesellschaftsordnung erstehen kann. Was sie uns gemeinsam als den "friedlichen Weg zum Sozialismus" preisen, ist nur die alte, ausgefahrene Karrenspur auf dem trostlosen Feld opportunistischer Demagogie.

"Unser Kampf für die Demokratie ist also der Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt, er ist der Kampf für den Sozialismus", heißt es im Schlußabsatz von Fürnbergs programmatischer Erklärung auf dem 19. Parteitag der KPÖ. Klar und unmißverständlich ist damit zum Ausdruck gebracht, daß er und die anderen Revisionisten in der KPÖ den Kampf für den Sozialismus, der ohne die Erringung der Diktatur des Proletariats nicht siegreich sein kann, einfach auf einen bloßen "Kampf für die Demokratie" reduzieren wollen, wobei sich bei näherem Hinsehen sofort herausstellt, daß es einfach um die bürgerliche Demokratie geht, die sie gegen die proletarische verteidigen. Mit seinem Parteitage referat hat Fürnberg endgültig den Boden des Marxismus-Leninismus verlassen und sich als Typ eines kleinbürgerlichen Demokraten entpuppt, für den der "Kampf um den Sozialismus" nichts ist als eine sonntägliche Phrase.

W. F.



BRIEFE AN DIE REDAKTION

Öfter als bisher wollen wir in Hinkunft auch Auszüge aus solchen Leserbriefen veröffentlichen, von denen wir annehmen, daß sie von allgemeinem Interesse sind. Liegen seitens der Schreiber solcher Briefe keine besonderen Weisungen vor, veröffentlichen wir die Auszüge nicht mit vollem Namen, bzw. in einer Form, die nicht ermöglicht, den Absender zu eruieren. Briefe an uns, die als vertraulich gekennzeichnet sind sowie anonyme Briefe veröffentlichen wir selbstverständlich in keiner Form.

★

EIN BRIEF UNTER VIELEN

Ich begrüße aufrichtig Euren Beschluß, eine revolutionäre Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu schaffen und werde sie nach meinen Kräften unterstützen!

K. N., Wien

★

EIN GENOSSE VON DER "ALTEN

GARDE" SCHREIBT UNS:

Von der Gründung der KPÖ bis 1952 war ich Mitglied. Von 1925 bis zur Illegalität arbeitete ich im damaligen ZK in der Al-

serstraße 69. Meine Mitarbeiter waren Erwin Puschmann und andere...

Im Jahre 1945 kehrte ich nach vierjähriger Haft im Konzentrationslager doch wieder heim - und wollte mich wieder zur Verfügung der Partei stellen. Ich ging in die Wasagasse und dort erlebte ich als Idealist die ersten Wunder. Lau-scher Peperl war noch freundlich, Mal-ler ließ sich verleugnen, obwohl er anwesend war. Da bekam ich so einen Krampf im Halse, Du verstehst... 'Kop' fragte mich, na was machst Du jetzt? Aber auch er fragte nicht, von was ich lebe; teilnahmslos kanzelte man mich ab...

DIE REDAKTION

Eines Tages schrieb die Volksstimme - es war 1960 oder 1961, daß sie von ehemaligen Rotgardisten Unterlagen suchen, da in Budapest eine große Feier stattfindet, zu der einige Genossen eingeladen werden. (Ich kämpfte 1918 im Bataillon Vogelfänger an der rumänischen und tschechischen Front, lernte Rothziegel und Bela Kun kennen, obwohl mir noch der Flaum unter der Nase sproß; nach der Zerschlagung der damaligen Räte-regierung wurde ich beim Übergang nach Österreich mit vielen anderen in Bruck an der Leitha und in Wr. Neustadt interniert). Und nun kommt die Pointe! Statt mir sandten sie einen Protektionsgenossen, der mit der damaligen Roten Armee garnichts zu tun hatte...

(Ich war nämlich nicht immer der Ja-Sager zu allem im damaligen ZK. Honner war mir der liebste. Darum, weil ich vieles bei Sitzungen kritisierte, waren viele nach 1945 froh, mich los zu werden. Objektiv sein - vertragen sie nicht.)

Gabler Heini und viele andere, die von den Nazis liquidiert wurden, würden heute schauen, auf welcher traurigen Linie unsere heutige Führung steht! Sie waren ehrliche Idealisten, Kämpfer und keine Selbstversorger...

Nach meinem Austritt aus der Partei traf ich nun viele alte Genossen von damals, viele kehrten so wie ich der Partei den Rücken, verbittert sind viele gestorben. Seinerzeit gingen wir mit der 'Roten Fahne' - Richard Schüller war Chefredakteur - jeden Sonntag voll Stolz in den Häusern kolportieren. Unsere Gegner schmissen uns des öfteren aus den Häusern hinaus - trotzdem war unsere Parole: Vorwärts mit dem Kommunismus! Mit der damaligen 'Arbeiterwehr' lieferten wir erbitterte Kämpfe schon gegen die aufkommenden Nazis - es war glühende Begeisterung! Und heute? Kommentar überflüssig...

Haltet Ihr, liebe Genossen, die ROTE FAHNE wieder hoch und laßt Euch nicht unterkriegen - denn Ihr könnt mit Eurer Ehrlichkeit nur gewinnen!

★

UND EIN JUNGER AKTIVIST:

... Könnte ich noch einige ältere Zeitungen haben, um für die RF zu werben? Sehr

wichtig und interessant sind auch die Broschüren aus China und Albanien. Ich brauche noch je .. Stück für meine Genossen, daß auch sie es lesen und die Wahrheit sehen. Es gibt heute schon viele Genossen, die mit der KPÖ unzufrieden sind. Sie sagen, sie verstehen das nicht mehr, diese Abweichungen. Ich gebe an sie die Zeitungen weiter, die ich schon gelesen habe. Auch diese Genossen werden zu uns kommen... Heute sind wir Marxisten-Leninisten noch eine Gruppe - morgen werden es viele sein.

Die Abweichung der KPÖ sieht man genau im neuen Parteimitgliedsbuch, denn dort steht kein Wort mehr von Marx, Engels, Lenin oder Stalin.

Die Aktivität unserer Gruppe ist übrigens auch den Bürgerlichen schon aufgefallen. Vor einiger Zeit hat unsere hiesige Zeitung eine Notiz gebracht, die ich Euch beilege. Daß für diese Leute heute alles Revolutionäre einfach "chinesisch" ist, schaut ihnen ähnlich, aber für unsere chinesischen Genossen ist das eigentlich eine schöne Anerkennung...

Chinesische Parteipropaganda
auch in Krems

KREMS. — Daß die Kommunisten Chinas nun auch schon in Österreich rege propagandistische Tätigkeit zu entfalten beginnen, bekamen vor einigen Tagen auch die Kremser bestätigt: Während einer Nacht wurden in zahlreichen Briefkästen Verzeichnisse propagandistischen chinesischen Parteischriftums eingeworfen. Interessant zu wissen wäre, ob diese „Arbeit“ für den „großen Bruder“ von den ortsansässigen Kommunisten vollbracht wird, da sie mithin auf eine Aufspaltung auch der Kremser KPÖ-Gruppe schließen ließe.

★

"WIR BRAUCHEN EINE WIRK-

LICH REVOLUTIONÄRE PARTEI"

Daß die Erkenntnis der Notwendigkeit, eine neue wirkliche Arbeiterpartei zu gründen, richtig ist, bestätigen die Pressestimmen nach dem selbstmörderischen Parteitag der KPÖ. Während die kapitalistische Presse es natürlich als wohlthuend empfindet, daß auf dem Parteitag der KPÖ die Diktatur des Proletariats lautstark abgelehnt wurde, bemüht sich die "Volksstimme" noch obendrein mit großem Aufwand, den Bürgerlichen sowie den rechten SP-Führern zu beweisen, daß es ihr mit ihrer Selbstverstümmelung und mit ihren Verzichtserklärungen auf revolutionäre Prinzipien ernst

ist. Diese Politik kann den kapitalistischen, reaktionären und arbeiterfeindlichen Kräften nur zu einem neuen Auftrieb verhelfen. Die Früchte dieser sozialdemokratischen Haltung sind bereits deutlich zu erkennen.

Die unheimliche Preislawine wälzt sich schneller vorwärts und trifft die arbeitenden Menschen von Tag zu Tag härter. Die in den Betrieben vor sich gehende Antreiberei übersteigt alles Maß. Wichtige Fragen wie das Wohnungsproblem wurden in den letzten 20 Jahren nicht erledigt und die der Erhaltung des Kapitalismus dienende Koalition hat weder in der Gegenwart noch in der Zukunft die Absicht, hier einen Wandel zu schaffen. Das Problem der öffentlichen Verkehrsmittel, die den Anforderungen immer weniger entsprechen, während ihre Tarife dauernd steigen, wird mit dem Hinweis auf "ungenügende Mittel" abgetan, während auf der anderen Seite für das Bundesheer Milliarden zur Verfügung stehen, die man der arbeitenden Bevölkerung aus der Tasche zieht.

Jeder gibt zu, daß das nicht so weitergehen kann. Aber wie soll man es ändern? Wenn man will, daß der Staat, der die Lohn- und Verbrauchssteuern kassiert, damit keine alten Flugzeuge, Panzer und Kanonen kauft, sondern Wohnungen zu erträglichen Mietzinsen, daß er billige und moderne öffentliche Verkehrsmittel beschafft, daß den kapitalistischen Ausbeutern, Antreibern und Preisdreschern Zügel angelegt werden, daß nicht wieder reaktionäre Kräfte überhandnehmen - wenn man all das will, dann braucht man eine revolutionäre Arbeiterorganisation, die bereit und in der Lage ist, das im Kampf durchzusetzen.

Derzeit gibt es in Österreich keine solche Organisation. Also muß man sie schaffen - wie schwierig das auch sein mag, unabhängig davon, wie lange es dauert...

R. S., Wien

"ICH BEGLÜCKWÜNSCHE DAS

CHINESISCHE VOLK!"

Durch Zufall erfuhr ich, daß Sie angeblich aus der KPÖ wegen chinafreundlicher Betätigung ausgeschlossen wurden. Ich wäre sehr interessiert daran, ob sich die Par-

teiführung bei mehreren Mitgliedern den gleichen Witz erlaubte. In Österreich, wo wir dank der infamen antikommunistischen Hetze seitens der Regierungsparteien immer weniger werden, spricht es sich wie ein Hohn an, noch dazu Ausschlüsse zu erlauben.

Auch die Parteiführung ist schuld an unserer Schwäche; sie pfeifen nur nach Moskauer Manier und haben kein eigenes Programm. Ich habe das schon oft bekrittelt. Die SP-Anhänglichkeit trägt und bringt uns nichts an Erfolgen, die Beweise liegen klar auf der Hand...

Ich würde mir nur wünschen, daß China sehr viele Atombomben besitzt, und im Falle es angegriffen wird, damit den amerikanischen Kontinent erreichen kann! Ich bin überzeugt von der Richtigkeit der Politik unserer chinesischen Genossen und wünsche dem chinesischen Volk viel Erfolg in seinem Aufbau und Wohlergehen!

J. B., OÖ.

DIE SCHATTENBILDER DES

REVISIONISMUS

...Das alles ist leicht zu verstehen, wenn man bedenkt, was es bedeutet, sich überhaupt heranzuwagen an ein Beginnen, das mit Arbeit, Mühen, Opfern und unvorstellbaren Schwierigkeiten verbunden, ja als eine schier aussichtslose Sache erscheinen könnte. Offen gestanden, ich würde mich garnicht getrauen zu versuchen, diesen revisionistischen Augiasstall auszuräumen; schon wegen dem Gestank, meiner Seele!

Schon gleich nach dem 20. Parteitag der KPdSU habe ich die Redaktion von "Weg und Ziel" vor den Folgen dieser unhaltbar falschen Einschätzung der Probleme gewarnt und der Redaktion empfohlen, daß sie sich einmal auf den Hosenboden setzen mögen, um Lenins "Materialismus und Empirio-kritizismus" zu büffeln - mit Andacht, versteht sich! Die Antwort lautete: Ich sollte mich ebenfalls auf den Hosenboden setzen und -abwarten! Eine Antwort, die es in sich hatte - man sieht ja inzwischen, was herausgekommen ist...

Die Gänsehaut überläuft einem, wenn man die Diskussionsbeiträge zum 19. Parteitag der KPÖ in der "Volksstimme" liest.

Diese Leute jonglieren da mit Perspektiven, Thesen und Möglichkeiten, daß dem Leser Hören und Sehen vergeht. Aber um das Eigentliche, um den Kern der Sache, um die Revolution, schleichen sie herum wie die Katze um den heißen Brei...

Man kann den Herrschaften nur mit Friedrich Schiller sagen:

Wer möchte sich an Schattenbildern weiden,
Die mit erborgtem Schein das Wesen überkleiden,
Mit trüg' rischem Besitz die Hoffnung hintergehn?
Entblößt - muß man die Wahrheit sehn!

F. P.

ÜBER DIE LAGE IN

WESTDEUTSCHLAND

...Ansonsten macht sich bei großen Teilen der Arbeiterschaft, besonders in den Gewerkschaften, eine gewisse Resignation bemerkbar. Die Hochkonjunktur hält eben noch an. Aber dort, wo sich die Gemüter wirklich erregen, wie über die Mietpreisfreigabe, die drohenden Notstandsgesetze oder gar über außenpolitische Ereignisse wie in Vietnam oder in der Dominikanischen Republik, da ist weit und breit keine Kraft zu erkennen, die die Führung übernimmt und dieser Unzufriedenheit organisierten Ausdruck verleiht. Die SPD wird heute sogar von den indifferentesten Arbeitern als eine rein bürgerliche Partei angesehen und besitzt besonders bei den Gewerkschaftsmitgliedern keinerlei Vertrauen. Ich kenne einige Sozialdemokraten, die es nicht mehr verantworten können, ihre eigene Partei überhaupt zu wählen. Diese Partei wird fast nur noch von einer großen und weitverzweigten korrupten Funktionärschicht getragen. Dennoch werden in der letzten Zeit verstärkte Bemühungen von seiten der Revisionisten unternommen, mit diesen Typen "ins Gespräch" zu kommen. Die Initiative dazu geht sogar von der DDR aus; darauf ist auch gegenwärtig die gesamte Politik aufgebaut. Ängstlich werden alle sogenannten "heißen Eisen" vermieden. Man könnte seitenlang Beispiele aufzählen. Selbst in der gegenwärtig

tig laufenden Aktion für "eine legale KPÖ" wendet man sich in erster Linie an bürgerliche Kreise. Man versucht nicht, durch Kampf und eine gute Massenpolitik eine Legalisierung zu erzwingen, sondern indem man sich an die Rockschoße einiger bürgerlicher Liberaler klammert und sich von denen in aller Öffentlichkeit die eigene Harmlosigkeit bescheinigen läßt - wie es unlängst auf einem öffentlichen Forum in Düsseldorf geschah. Sogar der berühmt-berühmte Prof. Ridder von der Universität Bonn wurde bemüht. Prompt zeigte er am Beispiel eurer KPÖ auf, wie harmlos und ungefährlich für die "westliche Demokratie" die westeuropäischen kommunistischen Parteien seien. Er brachte dann Zitate aus Dokumentationen der KPÖ, daß die Diktatur des Proletariats in Westeuropa schon lange nicht mehr auf der Tagesordnung stehe - ein jämmerliches Spiel.

Würde man nicht seinen Blick über die Grenzen werfen und die wirklich hervorragenden Entwicklungsmöglichkeiten und die Siege der revolutionären Weltbewegung im Auge behalten - man könnte schwermütig werden. So aber habe ich das nicht nötig. Ganz besonders freue ich mich, daß Ihr eine wirklich ausgezeichnete Zeitschrift habt...

ZUM GRÖSSTEN TEIL EINVERSTANDEN

Wie habe ich mich gefreut, als die "Rote Fahne" wieder erschien! Der alte Kampfname mit der bekannten marxistischen Parole auf der Titelseite - "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Für diese Kampfzeitung bin ich in meiner Jugend wiederholt geschlagen worden. Ich wurde von der Gemeinde Wien entlassen und habe sehr schwer wieder Arbeit bekommen, wurde sogar von manchen geschlagen, die damals Parteigegner waren und heute in der Partei eine wichtige Rolle spielen.

Ich habe die "Rote Fahne" sofort abonniert und unterstütze sie mit meinen bescheidenen Mitteln als Pensionist. Ich bin mit der politischen Meinung der Zeitung zum größten Teil einverstanden und debattiere auch in diesem Sinne mit verschiedenen Leuten. (Mit der Stellungnahme zur Bundespräsidentenwahl

habt Ihr nicht Recht gehabt... In dem Fall ist doch besser das "kleinere" Übel.)

Ich war von 1918 bis 1953 Mitglied der Partei. Wegen eines kleinen Fehlers, den ich durch meine Schlamperei begangen habe und den ich vor dem Parteiverfahren gutgemacht habe, wurde ich aus der Partei ausgeschlossen. Ich war damals Betriebsratsobmann in einem Wiener Betrieb. Der Ausschluß wurde mir - hinterhältig - von einem Mitglied der Bezirksleitung so spät überbracht, daß die Einspruchsfrist bereits abgelaufen war... Ja, der damalige "Chef" des Kaderbüros, Herr..., der von vielen Genossen nur "Kürschner" genannt wurde, weil er jedem die Haut abgezogen hat, dieser saubere Herr bedrohte mich sogar...

Mich hat der Ausschluß schwer getroffen. Ich habe mich jahrelang gekränkt - heute verachte ich diese Bande.

G. V., Wien

DIE MEINUNG EINES

LINKSSOZIALISTEN

Obwohl Sie mich möglicherweise nicht als Genossen anerkennen, sondern als Revisionisten und Kettenhund des amerikanischen Imperialismus einstufen - oder bin ich da zu pessimistisch? - haben mich die beiden Nummern der "Roten Fahne", die Sie mir freundlicherweise zugesandt haben, doch nachdenklich gestimmt. Es kann kein Zweifel sein: in vielem haben Sie recht. Die KPÖ, die KPdSU und andere im Fahrwasser Moskaus segelnde Parteien sind Bewußtseinstrübungen erlegen, die letzten Endes auch aus einem gewissen Wohlleben und Bonzenthum resultieren. Es soll zugegeben werden, daß diese Symptome in der "Roten Fahne" scharfsinnig dargelegt wurden. Ich kann es auch nicht mehr sehen, wie sich gewisse Kommunisten mit Pfarrern, Grafen und Prinzessinnen umgeben, ihre guten Beziehungen zu Unternehmern be-

tonen und von Koexistenz in einem Augenblick faseln, wo die Imperialisten über Süd-Vietnam und die Dominikanische Republik herfallen wie der Geier übers Aas...

Bisher dachte ich - und ich deutete es eingangs an - , daß Ihr alle Sozialisten, die nicht Euren Standpunkt teilen, als verfluchte Abweichler betrachtet und bekämpft. Nun lese ich aber in der Sondernummer der "Roten Fahne" zur Präsidentenwahl, daß Ihr die Linkssozialisten, zu denen ich gehöre, als Bundesgenossen im Kampf gegen den Revisionismus betrachtet. Es ist sicher ein Vernunft- und kein Liebesbündnis! In vielem teile ich Eure Kritik, in anderem nicht. Auch ich bedaure, daß die KPdSU verbürgerlicht und gebe gerne zu, daß unter diesem Gesichtspunkt Chruschtschows Sturz eine gute Nachricht war...

G. L. in L.

Anmerkung der Redaktion: Unser Leser ist wirklich zu pessimistisch, vor allem macht er den Fehler, uns nach dem Bild zu beurteilen, daß einige unserer Gegner von uns zeichnen. Sollte sich Genosse G. L. dazu entschließen, die "Rote Fahne" ständig zu lesen, würde seine Vorstellung von uns und unseren Auffassungen sicher bald klarer werden. Was unser Verhältnis zu den linkssozialistischen Genossen betrifft, betrachten wir sie tatsächlich und nicht bloß aus "taktischen" Erwägungen als Bundesgenossen - nicht nur infolge unserer ähnlichen Position im Kampf gegen die Verbürgerlichung der Partei, in die wir jahrelang unser Vertrauen setzten, sondern vor allem durch unsere gemeinsame Erkenntnis, daß die beiden "traditionellen Arbeiterparteien" nicht mehr imstande und gewillt sind, tatsächlich für den Sturz des Kapitalismus und für die Errichtung einer Arbeitermacht zu kämpfen, weshalb alle Kräfte vereinigt werden müssen, eine Partei vorzubereiten und zu schaffen, die unsere sozialistischen Ideale zu verwirklichen vermag.

EINE WERTVOLLE HILFE, DIE UNS JEDER GEBEN KANN

Die "Rote Fahne" ist für jede finanzielle Unterstützung dankbar und braucht diese Unterstützung gerade jetzt sehr dringend. Doch sie weiß auch, daß ihre Leser eine solche Hilfe nicht in gleichem Maß geben können und es manchem Genossen fast unmöglich ist. Jeder Leser aber kann uns helfen, wenn er uns Namen und Adresse zumindest eines Interessenten bekanntgibt, an den wir in den nächsten Wochen Probe-Exemplare versenden können. Nicht wenige solcher Interessenten, auf die uns unsere Leser aufmerksam gemacht haben, sind heute schon Abonnenten und Förderer der "Roten Fahne".

DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE

BEDEUTUNGSVOLLE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN

INDONESIEN UND ALGERIEN

DJAKARTA: Nach der Besprechung des indonesischen Außenministers Subandrio mit dem algerischen Staatsminister Rabah Bitat veröffentlichte die indonesische Nachrichtenagentur ANTARA Ende August ein Kommuniqué, in dem beide Länder ihre Entschlossenheit bekunden, die Zweite Afroasiatische Konferenz mit größtmöglichem Erfolg durchzuführen. Im Kommuniqué heißt es unter anderem:

Beide Teile geben ihre Entschlossenheit kund, diese Konferenz zum vereinbarten Datum und unter den am 26. Juni d. J. festgesetzten Bedingungen stattfinden zu lassen. Sie haben sich vollständig über die Methode geeinigt, wie die Konferenz mit größtmöglichem Erfolg durchzuführen ist. In diesem Zusammenhang erklärte Dr. Subandrio, daß die indonesische Regierung zu jeder brüderlichen Zusammenarbeit bei der technischen Vorbereitung der Konferenz bereit ist, die von der algerischen Regierung gewünscht wird.

Die beiden Minister haben mit tiefer Beunruhigung die immer brutaleren Methoden betrachtet, die der internationale Imperialismus anwendet, um seine Ausbeuterherrschaft aufrecht zu erhalten, wie es die offene Anwendung von Gewalt und Aggression in Vietnam, in Kongo (L), in der Dominikanischen Republik und überall sonst zeigt. In Anbetracht dieser Situation rufen die beiden Teilnehmer alle freiheitsliebenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eindringlich auf, ihre Solidarität zu festigen und alle Völker, die sich im bewaffneten Kampf um ihre Unabhängigkeit befinden, zu unterstützen, sowie ihre Wachsamkeit gegen die verschiedenen Maskierungen zu erhöhen, mit welchen der Imperialismus seine Herrschaft zu verewigen sucht.

Die beiden Vertragspartner meinen, daß es jetzt mehr denn je notwendig ist, unter allen fortschrittlichen Kräften der Welt, die für die Ausrottung des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie für die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit kämpfen, die engste Solidarität aufrechtzuhalten und zu entwickeln.

Der algerische Staatsminister Rabah Bitat bekundete ein lebhaftes Interesse seiner Regierung für die Initiative Indonesiens, in naher Zukunft eine Konferenz der neu aufstrebenden Kräfte einzuberufen, mit dem Ziel, alle fortschrittlichen und anti-imperialistischen Länder der Welt auf der gemeinsamen Plattform des Kampfes zur Erhaltung der Sicherheit aller Entwicklungsländer zu vereinen.

Beide Teile haben sich über die Maßnahmen geeinigt, die in naher Zukunft angewendet werden sollen, um die Zusammenarbeit beider Länder auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet zu verstärken.

ABFUHR FÜR TITO UND SHASTRI

SÜDVIETNAM: Die Presse-Agentur der Südvietnamesischen Befreiungsfront erklärt in einem Kommuniqué, daß Shastri und Tito die Initiative übernommen haben, den Johnsonschen Vietnam-Friedensverhandlungs-Plunder an den Mann zu bringen, weil kein Mensch mehr Vertrauen zu den "Friedens"-Vorschlägen des USA-Präsidenten selbst hat. Alle Welt sieht, daß Johnson, während er "Friedensverhandlungen" vorschlägt, eine noch größere Zahl amerikanischer Aggressionstruppen nach Vietnam sendet. Das erklärt, warum er die Dienste eines Tito und Shastri als politische Geschäfts-

agenten benötigt, die sich selbstherrlich den Titel von Repräsentanten der "Dritten Welt" beigelegt haben.

In der Aussendung wird weiter erklärt: Tito und Shastri verlangen Friedensverhandlungen ohne vorherige Bedingungen und eine politische Lösung im Rahmen der Genfer Verträge. Die südvietnamesische Bevölkerung fordert die jugoslawischen und indischen Führer jedoch auf, die folgenden Fragen zu beantworten: Wer hat den Aggressionskrieg in Vietnam vom Stapel gelassen? Wer hat die Verträge von Genf mit Füßen getreten, ehe die Tinte noch trocken war? Wer hat den Krieg auf Nordvietnam ausgedehnt? Würden sie es wagen, darauf eine richtige Antwort zu geben, dann wüßten sie auch, was zu tun ist, um den Frieden nach Vietnam zu bringen, dessen Territorium durch das Feuer amerikanischer Kanonen verwüstet wird. Sie müßten dann ihre guten Freunde auffordern, von der südvietnamesischen Szene abzutreten, falls sie nicht eine noch schändlichere Niederlage als die französischen Kolonialisten erleiden wollen.

Besiegt in jeder Schlacht in Südvietnam rutscht der US-Imperialismus immer tiefer in einen Abgrund, aus dem es keine Rettung gibt. Um sein unvermeidliches Fiasko abzuwenden und sich an Südvietnam festzuklammern, vervielfältigt er seine Bemühungen zur Weiterführung des Krieges, während er zu gleicher Zeit scharlatanenhafte "Friedensverhandlungen" vorschlägt. Da sich von dieser US-Gauklerei aber niemand betrogen läßt, muß Johnson die Hilfe der Shastri und Tito in Anspruch nehmen, die das Banner der "Nicht-Beteiligung" schwenken.

Indien erhält jährlich eine Milliarde Dollar von den USA und Jugoslawien erhält allein in diesem Jahr Überschußweizen im Wert von 18 Millionen Dollar. Sind das nicht schöne Belohnungen für die Dienste dieser beiden Kolporteurs des amerikanischen Plunders, die gute Erfahrungen als Fallensteller haben?

ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "Roten Fahne" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Bewegung interessierten Menschen.

Jahresabonnement S 65,-

Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr.173.848)

Ein Abonnement gewährleistet außerdem die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der revolutionären Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr.30/33

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101